

In Deutschland aber sind die Kommunisten, wenn sie bauen wollen, nicht dazu in der Lage, weil sie nicht die Mittel haben und ihnen oft auch nicht die Baustoffen und die Baumaterialien zur Verfügung stehen.

Anflagerede gegen die Taktik des ADGB.

Die Schlichtungspraxis vor dem Reichstag (Fig. Drahtber.) Berlin, 15. Februar.

Die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird fortgesetzt. Zum Kapitel „Schlichtungswesen“ spricht für die kommunistische Fraktion Genosse Hedert: Im kapitalistischen Deutschland wird von den Schlichtungsausschüssen eine Politik gemacht, die von den Interessen der Unternehmer diktiert wird.

Die amtliche Statistik beweist, daß der Reallohn 1927 nicht gestiegen ist, er stagniert und wurde sogar in verschiedenen Industriezweigen durch Vorstöße der Unternehmer gesenkt.

Die rumanische Kammer kam es gestern zu fünf mitschen Szenen, als die Mehrheit einem Redner der nationalen Bauernpartei nicht das Wort erteilen wollte.

In der rumanischen Kammer kam es gestern zu fünf mitschen Szenen, als die Mehrheit einem Redner der nationalen Bauernpartei nicht das Wort erteilen wollte.

Die englischen Unterhaus wurde vom Arbeitsministerium mitgeteilt, daß am 23. Januar d. J. 211000 Grubenarbeiter arbeitslos waren.

Welche Bewegung der Arbeiter herausnimmt, es ist immer dasselbe Ziel: der Unternehmer gibt den Arbeitern nichts, der Schlichter tritt im Auftrag der kapitalistischen Regierung auf die Seite der Unternehmer.

„Um alle Mißverständnisse anzuschließen, ist darauf hinzuweisen, daß die Behauptung, die Behörden würden mit Hilfe des Schlichtungswesens einseitig gegen die Arbeitnehmer-Interessen Stellung nehmen, nicht beweisbar ist.“

Die Unternehmer wollen, daß das Jahr 1928 ein Jahr des Wohlstandes werde. Und damit sie ihre Offensive durchführen können, damit sie imstande sind, auch der Sozialdemokratie entsprechende Argumente zu liefern, hinter denen sie ihr Ausweichen bergen kann, haben sie sich den Reparationsagenten Parker Gilbert zu Hilfe gerufen, der erklären mußte: wenn den deutschen Arbeitern höhere Löhne bewilligt werden, können die Reparationsleistungen nicht gezahlt werden.

Wir rufen die deutschen Arbeiter auch von dieser Tribüne auf, sich zusammenzuscharen zu einer wirklich kämpferischen Einheitsfront, in der die Arbeiter geschlossen den Angriff der Unternehmer abwehren.

Die Kapitalistenklasse niederrufen. Den unorganisierten Arbeitern sagen wir: Macht Schluss mit eurer Lähmheit! Die deutsche Arbeiterklasse muß einen entschlossenen und jähren Kampf zur Beseitigung des Schlichtungswesens führen, weil das Schlichtungswesen fürchten muß, wenn nicht die Arbeiterklasse durch diese Gebrochelmaschine weiter um das Recht der Erstgeburt gepresst werden soll.

Grafmann (Soz.) verlangt die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Der Entwurf zum Arbeitszeitgesetz entspricht nicht den Forderungen des ADGB, denn er bedeute eine Abkehr vom Achtstundentag.

Reichsarbeitsminister Brauns wendet sich gegen einen Antrag, der einen einseitigen Termin für die Betriebsratswahlen verlangt.

Roldenhauer (Dsp.) spricht von einer Ueberbepannung der Sozialgesetzgebung und wendet sich vor allem gegen das Arbeitszeitgesetz. Als der Redner Abkommen über die Arbeitszeit in Verbindung mit internationalen Wirtschaftsverträgen, wie Eisenpakt usw., fordert, nickt Grafmann (Soz.) zustimmend mit dem Kopfe.

Die Arbeiterklasse wird durch diese Gebrochelmaschine weiter um das Recht der Erstgeburt gepresst werden soll.

Reichsarbeitsminister Brauns wendet sich gegen einen Antrag, der einen einseitigen Termin für die Betriebsratswahlen verlangt.

Roldenhauer (Dsp.) spricht von einer Ueberbepannung der Sozialgesetzgebung und wendet sich vor allem gegen das Arbeitszeitgesetz.

Als der Redner Abkommen über die Arbeitszeit in Verbindung mit internationalen Wirtschaftsverträgen, wie Eisenpakt usw., fordert, nickt Grafmann (Soz.) zustimmend mit dem Kopfe.

Die Arbeiterklasse wird durch diese Gebrochelmaschine weiter um das Recht der Erstgeburt gepresst werden soll.

Reichsarbeitsminister Brauns wendet sich gegen einen Antrag, der einen einseitigen Termin für die Betriebsratswahlen verlangt.

Roldenhauer (Dsp.) spricht von einer Ueberbepannung der Sozialgesetzgebung und wendet sich vor allem gegen das Arbeitszeitgesetz.

Als der Redner Abkommen über die Arbeitszeit in Verbindung mit internationalen Wirtschaftsverträgen, wie Eisenpakt usw., fordert, nickt Grafmann (Soz.) zustimmend mit dem Kopfe.

Die Arbeiterklasse wird durch diese Gebrochelmaschine weiter um das Recht der Erstgeburt gepresst werden soll.

Reichsarbeitsminister Brauns wendet sich gegen einen Antrag, der einen einseitigen Termin für die Betriebsratswahlen verlangt.

Roldenhauer (Dsp.) spricht von einer Ueberbepannung der Sozialgesetzgebung und wendet sich vor allem gegen das Arbeitszeitgesetz.

Als der Redner Abkommen über die Arbeitszeit in Verbindung mit internationalen Wirtschaftsverträgen, wie Eisenpakt usw., fordert, nickt Grafmann (Soz.) zustimmend mit dem Kopfe.

Die Arbeiterklasse wird durch diese Gebrochelmaschine weiter um das Recht der Erstgeburt gepresst werden soll.

Der Reichsländbund veranstaltete gestern in Berlin die Romdie einer Landarbeiterkundgebung, bei der unter anderem ausgerechnet der Rittergutsbesitzer Frei Herr von Licht-hosen (Sogulawitz) sich als Vertreter der von ihm ausgebeuteten Landarbeiter aufstellte.

Das Berliner Asphaltpublikum des Westens entließ sich nicht, den Angeklagten Frank nach seiner Haftentlassung mit Blumen und Hochrufen zu feiern. Sein Auto konnte erst weiterfahren, als die Schuttpolizei die Bahn vom Publikum freigemacht hatte.

In der Plenarsitzung des Hessischen Landtages wurde Bürgermeister Abelung (Sozialdemokrat) zum Hessischen Staatspräsidenten gegen die Stimmen der Kommunisten gewählt.

Infolge Differenzen zwischen Aufwertungs- und Wirtschaftspartei in den Fragen der Forderung der Zwangswirtschaft ist eine Krise in der hessischen Regierung ausgebrochen.

Die litauischen Gewalttäter wollen die zehnjährige Wiederkehr der Unabhängigkeit Litauens begehen, um durch einen Staatsstreik den Präsidenten der litauischen Republik als auf Lebenszeit gewählt zu erklären und den Sejm aus einem gesetzgeberischen Organ zu einem beratenden degraderen.

In der rumanischen Kammer kam es gestern zu fünf mitschen Szenen, als die Mehrheit einem Redner der nationalen Bauernpartei nicht das Wort erteilen wollte.

In englischen Unterhaus wurde vom Arbeitsministerium mitgeteilt, daß am 23. Januar d. J. 211000 Grubenarbeiter arbeitslos waren.

Die Arbeiterklasse wird durch diese Gebrochelmaschine weiter um das Recht der Erstgeburt gepresst werden soll.

Reichsarbeitsminister Brauns wendet sich gegen einen Antrag, der einen einseitigen Termin für die Betriebsratswahlen verlangt.

Roldenhauer (Dsp.) spricht von einer Ueberbepannung der Sozialgesetzgebung und wendet sich vor allem gegen das Arbeitszeitgesetz.

Als der Redner Abkommen über die Arbeitszeit in Verbindung mit internationalen Wirtschaftsverträgen, wie Eisenpakt usw., fordert, nickt Grafmann (Soz.) zustimmend mit dem Kopfe.

Die Arbeiterklasse wird durch diese Gebrochelmaschine weiter um das Recht der Erstgeburt gepresst werden soll.

Reichsarbeitsminister Brauns wendet sich gegen einen Antrag, der einen einseitigen Termin für die Betriebsratswahlen verlangt.

Roldenhauer (Dsp.) spricht von einer Ueberbepannung der Sozialgesetzgebung und wendet sich vor allem gegen das Arbeitszeitgesetz.

Als der Redner Abkommen über die Arbeitszeit in Verbindung mit internationalen Wirtschaftsverträgen, wie Eisenpakt usw., fordert, nickt Grafmann (Soz.) zustimmend mit dem Kopfe.

Die Arbeiterklasse wird durch diese Gebrochelmaschine weiter um das Recht der Erstgeburt gepresst werden soll.

Reichsarbeitsminister Brauns wendet sich gegen einen Antrag, der einen einseitigen Termin für die Betriebsratswahlen verlangt.

Roldenhauer (Dsp.) spricht von einer Ueberbepannung der Sozialgesetzgebung und wendet sich vor allem gegen das Arbeitszeitgesetz.

Als der Redner Abkommen über die Arbeitszeit in Verbindung mit internationalen Wirtschaftsverträgen, wie Eisenpakt usw., fordert, nickt Grafmann (Soz.) zustimmend mit dem Kopfe.

Die Arbeiterklasse wird durch diese Gebrochelmaschine weiter um das Recht der Erstgeburt gepresst werden soll.

Reichsarbeitsminister Brauns wendet sich gegen einen Antrag, der einen einseitigen Termin für die Betriebsratswahlen verlangt.

Roldenhauer (Dsp.) spricht von einer Ueberbepannung der Sozialgesetzgebung und wendet sich vor allem gegen das Arbeitszeitgesetz.

Als der Redner Abkommen über die Arbeitszeit in Verbindung mit internationalen Wirtschaftsverträgen, wie Eisenpakt usw., fordert, nickt Grafmann (Soz.) zustimmend mit dem Kopfe.

Die Arbeiterklasse wird durch diese Gebrochelmaschine weiter um das Recht der Erstgeburt gepresst werden soll.

Reichsarbeitsminister Brauns wendet sich gegen einen Antrag, der einen einseitigen Termin für die Betriebsratswahlen verlangt.

Roldenhauer (Dsp.) spricht von einer Ueberbepannung der Sozialgesetzgebung und wendet sich vor allem gegen das Arbeitszeitgesetz.

Als der Redner Abkommen über die Arbeitszeit in Verbindung mit internationalen Wirtschaftsverträgen, wie Eisenpakt usw., fordert, nickt Grafmann (Soz.) zustimmend mit dem Kopfe.

Die Arbeiterklasse wird durch diese Gebrochelmaschine weiter um das Recht der Erstgeburt gepresst werden soll.

Genosse Kadel stellt den Bankrott der SPD-Politik in der Frage des Washingtoner Abkommens fest. Genosse Oberndorfer behandelt die Ausbeutung der Landarbeiterinnen und verlangt, daß die Frauenzwangsarbeit und die Kinderarbeit verboten werden.

Die JAG. in Mit'e' Deutschland hilft!

Halle, 15. Februar. (Fig. Drahtber.) Die Mitte Januar eingeleitete Sammlung der JAG. ergab bis jetzt über 150000 Mark. Am Sonntag sammelten die proletarischen Organisations in Halle über 30000 Mark. 2000 Mark wurden am Montag in dem Büro der JAG. abgegeben.

Einstellung der Notstandsarbeiten im hessischen Bergarbeiterstreik

W. Brüg, 15. Februar. Da die Bergarbeiter zu den auch während des Streiks durchgeführten Grubenerhaltungsarbeiten nicht mehr erschienen, wurden sie von der Streikleitung dahin informiert, daß sie die notwendigen Sicherheitsarbeiten unbedingt ausführen müßten, wenn nicht die Gruben für immer unbrauchbar werden sollten.

Genosse Franz zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt

Leipzig, 15. Februar. Vor dem verhängten 4. Strafsenat stand gestern KZB-Kamerad Franz-Wilhelm, der angeklagt war, unter der Reichswehr während der Manöver im Mai 1927 Flugblätter verbreitet zu haben.

Das unerbörte hohe Urteil gegen einen Arbeiter ist ein neues Glied in der Kette der Klassenurteile gegen revolutionäre Arbeiter in Schloffen. Es wird indessen weder unsere Genossen von der Agitation unter den Proletariern im Wasserrost, abschrecken, noch die Aufklärung der Reichswehrsoldaten über die wirtschaftliche Lage verhindern können, wenn diese auch in lächerlicher Weise als „Vorbereitung zum Hochverrat“ deklariert wird.

140 Strafanträge wegen Vergehens gegen § 218!

Medlinghausen, 14. Februar. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft haben Beamte der Landeskriminalpolizei Medlinghausen eine eingehende Untersuchung eingeleitet, um Klarheit über zahlreiche in der letzten Zeit im Münsterland und darüber hinaus vorgelommene Vergehens gegen § 218 (Verbrechen gegen das leibende Leben) das Strafgesetzbuches zu schaffen.

Alquiths Tod bemerkt. E. L. London, 14. Februar. Entgegen den Mitteilungen Berliner Morgenblätter bestätigt sich die Nachricht über den Tod Alquiths nicht. Nach Aussagen des Sekretärs Alquiths ist der Zustand des Kranken unverändert.

LOURDES Von EMILE ZOLA. „Kann denn!“ erklärte Frau von Jonquiere, die ihren Gewissenszweifel angab, lächelnd und tiefinnerlich erregt, „ich hoffe, daß Du glücklich sein wirst, weil Du so verständig bist, und daß Du meiner nicht bedarfst, um Deine Angelegenheiten zum Guten zu führen. Umarme mich!“

„Die Jungen müssen ableiben. Die heilige Jungfrau hat recht gehabt.“ Ihre Augen schlossen sich nicht wieder. Sie gingen in der Runde herum und schienen der ganzen Welt, welche sie hier zu finden fremd war, Lebenswohl zu sagen. Sie lächelte sogar mühsam, als sie dem überaus neugierigen Blick begegnete, welchen die kleine Sophie Coutreau herüber auf sie richtete; dies hübsche Kind war diesen Morgen noch gekommen, um sie in ihrem Bett zu umarmen.

Ihre Stimme wurde schwächer, und ein stoßweises Rächeln unterbrach die Worte. „Ich möchte Sie alsdann bitten, Madame, ihm zu schreiben; denn ich... ich habe es nicht getan, und jetzt ist es zu Ende... Sagen Sie ihm, daß mein Leichnam in Lourdes zurückbleibt. Anders würde es zuviel Kosten machen... Und er soll wieder heiraten; das verlangt das Geschäft... Die Rufine, sagen Sie ihm, die Rufine...“

Oberschlesien

Bezirksbetriebsrätekonferenz der Eisenbahner

Die Betriebsräte für Kampf, die Verbandsbürokratie dagegen

Am Sonntag tagte in Randzjin eine Bezirkskonferenz der Betriebs- und Beamtenräte der Eisenbahn, die sich neben den nächsten Betriebsräte- und Pränkenkassenfragen mit den bevorstehenden Wirtschaftskämpfen beschäftigte. 88 Kollegen von den verschiedenen Dienststellen des Bezirks waren zusammengekommen.

Zu den Betriebsräte- und Pränkenkassenfragen sprach der Kollege Biora-Beuthen. Er stellte besonders fest, daß der Reichsverkehrsminister Koch vollständig im Interesse der reaktionären Hauptverwaltung einen vorzeitigen Wahltermin festgelegt hat. Dadurch werden etwa 70 000 im Frühjahr einzustellende Zeitarbeiter ihres Wahlrechts zum Betriebsrat beraubt. Der Zweck der Verordnung ist, den Christen als Helfershelfer der Verwaltung in der Betriebsverwaltung mehr Einfluß zu gewähren. Die Kollegen müssen alles tun, um die schwarzen Pläne der Verwaltung und ihrer Hilfsorgane zu zerlegen. Auf die einzelnen Dienststellen, die sich offensichtlich an der Wahlarbeit beteiligen, ist besonders zu achten.

Nachdem der Kollege Schwale-Oppele zum dritten Punkt über eine Reihe von Pränkenkassenfragen einen informativsten Bericht gegeben hatte, übernahm der Bezirksleiter des Einheitsverbandes, Blättermann, das Referat zu den kommenden Wirtschaftskämpfen. Er gab wohl zu, daß der Hauptvorstand einen Fehler gemacht habe, daß er mit der Kündigung des Tarifvertrages und der Paragrafen des Lohnes nicht auch gleichzeitig den Paragrafen über die Arbeitszeit gekündigt habe. Im großen und ganzen war das Referat von Blättermann ein jämmerlicher Schwänzegefang, der in der reformistischen Frage gipfelte: Können wir mit dem vorhandenen Organisationsbestand in Oberschlesien kämpfen? Blättermann verneinte die Frage, er glaubt nicht an die Kraft der Arbeiterklasse, er bläst in dasselbe Horn, wie alle Reformisten: Ohne hundertprozentige Mitgliedschaft keine Kampfschlagkraft.

In der Diskussion rechnete als erster der Kollege Schwale mit ihm ab, er wies ihm an Hand von Statistiken nach, daß die organisierte Arbeiterbewegung gerade durch Kämpfe und auch durch die damit verbundenen Niederlagen großgeworden sei und daß die Durchführung von Blättermann nichts anderes waren, wie ein feiger Rückzug und der Unwille zum Kampf. Nachdem auch mehrere Kollegen in demselben Sinne sich ausgesprochen hatten, sprach auch der Kollege Jendrosch. Er wandte sich gegen die Meinung des Hauptvorstandes, man könne nicht zu gleicher Zeit um mehr Lohn und verkürzte Arbeitszeit kämpfen. Man müsse seine Kraft auf eine der beiden Fragen konzentrieren. Er wies unter Verfall der Verfassung nach, daß diese Haltung des Hauptverbandes klar zum Ausdruck bringe, daß er an einen Kampf um den Achtstundentag gar nicht denke. Die Arbeiterklasse ist um so eher bereit, auch für den Achtstundentag zu kämpfen, wenn man diesen Kampf mit der Verbesserung der Existenz verbindet. Das Gerede von Blättermann, als dem Bezirksleiter des Verbandes, ist um so jämmerlicher, als es geeignet ist, den draußen auf den kleinen Dienststellen gegen die reaktionäre Verwaltung kämpfenden Funktionären den Mut und die Kraft zum Kampf um die eigene Lage zu nehmen. Daraus geht am deutlichsten hervor, daß die Reformisten den Kampf weder vorbereiten noch führen wollen. Sie sind nach ihrer politischen Einstellung zum heutigen kapitalistischen Staat weder dazu bereit, noch berechtigt. Sie sind mit dem Bürgertum und dem heutigen

Staat koalitiert, auf Weiblich und Verberb verbunden und müssen als Gegner der Arbeiterklasse auf das schärfste bekämpft werden.

Zum ersten und letzten Tagesordnungspunkt wurde gegen die Entschlüsse des Verbandsangelegten Kontroll- und Gleichheitsausschusses entschieden. Die erste protestiert gegen die Verordnung des Reichsverkehrsministers Koch auf Vorkündigung der Betriebsräte- und Pränkenkassenfragen. Die zweite nimmt zu den bevorstehenden Kämpfen Stellung und verdient infolge ihrer Wichtigkeit die größte Beachtung. Sie lautet:

„Die am 12. Februar 1928 in Randzjin (Wahnhofshotel) tagende Bezirkskonferenz der Betriebs- und Beamtenräte des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands nimmt Stellung zu den Organisationsfragen, der Beamtenbesoldung und kommenden Lohnbewegung. Die Konferenz stellt fest, daß die Mitgliederzahl im letzten Jahr wohl gestiegen ist, daß aber noch große Teile der Kollegen im Eisenbahndienst unorganisiert herumlaufen. Gerade die vor dem geltenden Personalorganisierten herumläufenden und Kämpfe die Haltung der Hauptverwaltung zwingen jeden einzelnen Verbandskollegen, alles zu tun, um die Säumigen zur Mitarbeit in der Organisation heranzuziehen. Die Hauptverwaltung weigert sich nach wie vor hartnäckig, irgendein Geständnis hinsichtlich der Arbeitszeit oder der Verbesserung des Verdienstes zu machen. Die neue Beamtenbesoldungsregelung ist ein Schlag gegen die unteren und mittleren Beamten der früheren Gruppen I-VIII. Irgendeine Wirtschaftshilfe wurde schroff abgelehnt. Der Lohn ist durch die Teuerung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände längst zu gering. Trotzdem werden die Kollegen bel länger, zehn- bis sechzehnständiger, Arbeitszeit durch Afford und Rationalisierungsmaßnahmen brutal ausgebeutet. Die Konferenz nimmt Kenntnis von dem Beschluß des Hauptvorstandes, die Paragrafen 4, 5, 11 und 11a des TVB am 20. Februar 1928 zu kündigen und hält es für verfehlt, daß der Hauptvorstand nicht gleichzeitig die Kündigung des Paragrafen 8 beschloß. Die Konferenz ist der Meinung, daß es nicht nur auf eine Verbesserung der Löhne, sondern auch auf eine Verkürzung der Arbeitszeit ankommt, und daß der Kampf zu gleicher Zeit für beide Fragen vorbereitet werden muß.

Nach den bisherigen Erfahrungen und Vorbereitungen der Verwaltung wird der bevorstehende Kampf unausbleiblich und hart sein, deshalb sollen die Kollegen und der Hauptvorstand nicht nur kämpfen, sondern eine einheitliche Forderung aufstellen. Eine Lohnzulage von 15 Pfennig die Stunde, strenger Achtstundentag bei vollem Lohnausgleich, Beseitigung der Dienstbauvorschriften, Beseitigung des Wirtschaftsbereichs sind die wichtigsten Forderungen, für die es gilt, einzutreten und zu kämpfen.

Die Konferenz steht auf dem Standpunkt, daß der sich im Frühjahr notwendig entwickelnde Kampf nicht nur ein Kampf zwischen Eisenbahnpersonal und Reichsbahnverwaltung ist, sondern ein Kampf zwischen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberfront sein wird. Es ist daher notwendig, daß schon jetzt die Kollegen im Reichsmaschinenbau mobilisiert werden. Der Hauptvorstand wird daher aufgefordert, vom Bundesvorstand des TVB, zu verlangen, die wichtigsten Organisationen im TVB, wie Eisenbahner, Metall- und Bergarbeiter, zur Bildung eines Kampfbündnisses aufzusammeln, um den vollen Sieg der Kollegen zu garantieren.

Die nichtorganisierten Kollegen fordert die Konferenz auf, sich einzureihen in die Front der Klassenkampforganisation, um der Gesamtkollegenchaft den Sieg zu ermöglichen.“

Gleiwitz

Christliche Sportler.

Die Deutsche Jugendkraft, eine katholische Sportorganisation, spielte am Sonntag in Biskupitz. Das Spiel wurde äußerst roh und mit Gewaltanwendung ausgetragen. Da gute Mannschaften angeführt wurden, waren die Zuschauer zahlreich erschienen. Großes Interesse wurde demselben entgegengebracht, das bewiesen auch die zahlreichen Zuschauer, sollten doch angeblich gute Mannschaften auftreten. Selbst ein Beuthener Kaplan war im Auto erschienen. Schon vorher gab es Krach unter den Spielern, da ein Beuthener DR-Mann immer beim Feste, Rief und anrempelte. Von seiten der Zuschauer wurden nun Entrüstungen gegen den Weltlichen laut, der beschämt das Weite suchte. Gegen Schluß des Spiels kam nun infolge nochmaligen Verstoßens ein Biskupitzer Spieler zu Fall und verstauchte sich den Arm. Darauf fielen die Zuschauer über den rohen Beuthener Spieler her und verprügelten ihn mit Spazierstöcken. Wäre nicht die Schupo erschienen, so wäre eine ganz große Prügelei entstanden, da die Beuthener Spieler für ihren und die Biskupitzer für ihre Spieler Partei ergriffen. — Wenn wir dies berichten, so deshalb, um den katholischen Geist, der doch friedlich sein soll, zu kennzeichnen und ferner, um den bürgerlichen Sport zu charakterisieren. Bedauerlich ist nur, daß viele Arbeiterjungen sich in diesen Verbänden befinden. Die Parole muß sein: Heraus aus der DR, hinein in den Arbeiterportverein. Wieder mit der Reformkraft, es lebe der freie Sport zum Zwecke der Kräftigung der Gesundheit, nicht um hoher Rekordzahlen willen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir den Hindenburgs Magistrat ersuchen, die vor der Eingemeindung geplante Ausführung einer Turnhalle und einer Schwimmhalle in Biskupitz in Angriff zu nehmen. Die Arbeiterchaft will nicht in dem von Vorort abhängigen Turnverein eintreten, um so Kapitalrechte zu werden.

Aus der Freidenkerbewegung. Die am Sonntag, dem 12. Februar abgehaltene Mitgliederversammlung wies einen starken Besuch auf. Es waren vor allem organisatorische Fragen, die zur Lösung gelangten. Einige Schwächen sind noch zu überwinden. Bei allen Beteiligten war aber der Wunsch nach einer ungehörten Aufbaurarbeit, die frei von allen egoistischen Zielen ist, vorhanden. Vor allem ist es die vielfach angegriffene politische Struktur, die oft störend selbst in den entgegenstehenden Ortsgruppen auftritt. Bei allen Beteiligten ist aber der Wunsch vorhanden: Kampf dem Unfehlbarkeitsdogma, Kampf der Finsternis und der Verbannung, Unterstützung der Bekämpfungen, Sicht auch in den vernebelten Arbeiterlabyrinthen. Die freie Schulgemeinschaft hielt am Nachmittag ihre Mitgliederversammlung in den Reichshallen ab. Auch diese war gut besucht und weist einen erfreulichen Zugang an Eltern auf.

Die Berliner Staatsoper in Gleiwitz. Am Sonntag, dem 26. Februar, wird die Berliner Staatsoper unter Generalmusikdirektor

Erich Kleiber im Stadttheater Gleiwitz mit „Figaros Hochzeit“ von Mozart gastieren.

Hindenburg

Der „beorgte“ Baurat und sein Adjutant

Hindenburg, die „arme Schwester“ unter den drei obersteirischen Städten, hat nur einen schönen Namen. Das ist aber auch alles. Daran ändert weder die Eingemeindung noch der neue Oberbürgermeister etwas. Obwohl gerade er sich die größte Mühe gibt, die Posten des Magistrats durch Kotzphänen zu besetzen. Wir denken da an die Namen Franke, Kestle usw. Demnächst wäre uns auch der Name Meile entfallen.

Baurat Meile, der früher im Landkreis tätig war, ist von der Stadt nach der Eingemeindung übernommen worden. Ein netter höflicher Mann mit dem üblichen Kasernentum. Er verwehlt das Bauamt mit der Kaserne und die Stadt Hindenburg mit dem Kasernenhof. Um die städtischen Arbeiter und Beamten ist er fürchtbar „besorgt“. Nicht nur, daß er, wo er kann, sie während des Dienstes schilt, ist er auch in freien Minuten fürchtbar neugierig. Wenn zwei Beamtenkollegen beispielsweise sich auf der Treppe oder im Korridor im Vorbeigehen etwas zu sagen haben, dann ist es Herr Meile, der besorgt fragt, um was es sich eigentlich handelt. Gemäß seinen Gepflogenheiten hat er sich zu seinem Flügeladjutanten den Aufseher Fliege erkoren. Fliege ist das Ebenbild in mikroskopischer Form. Sein Verhalten gegenüber den städtischen Arbeitern hat mit seinem Namen nichts zu tun. Der Arbeiter wird gewöhnlich nur von dem Namen Fliege belästigt. Unser Fliege achtet darauf, daß sogar am Sonntag die Drecksaffen auf der Straße recht groß sind. Er könnte einem Bürger, der sich zufällig auf der Straße seine Finger nagel pußt, das unterlagen, weil die Straße schon gefegt ist.

Also, wie gesagt, unsere beiden Freunde Meile und Fliege erfreuen sich dafür aber auch der größten Sympathie seitens der städtischen Arbeiter und Beamten. Früher oder später werden sich der Betriebsrat und die Stadtverordnetenversammlung damit hoch zu heischigen haben und erwägen, ob es nicht zweckmäßig sei, beide nach Hause zu schicken.

Hindenburg, du Stadt meiner Träume!

Tagung der Bauarbeiter-Schutzkommission. Am Sonntag fand in Zaborg eine außerordentliche Versammlung der Bauarbeiter-Schutzkommission von Groß-Hindenburg statt. Kollege Fuchs zeigte im Lichtbildvortrag die Notwendigkeit des Bauarbeiterschutzes, der sich auf die gesamte Bauarbeiterschaft stützt. Der Jahresbericht des Kollegen Frenzel erregte eine rege Diskussion, da verschiedene Kollegen in Opposition zu dem Kollegen Schwann standen, der als städtischer Bauarbeiter sehr wenig die Interessen der Bauarbeiter gewahrt hat. In der weiteren Diskussion liefen die Gewerkschaftsleiter der Zimmerer und Bauarbeiter in dasselbe Horn wie die Unternehmer und die Bürgerblutregierung, indem sie den Bauarbeitern einen großen Teil der Schuld bei den Unfällen im die Schöße schoben.

Kollege Frenzel verwahrte sich in der Diskussion gegen eine solche Stellungnahme der Gewerkschaftsführer. Die Konkurrenz im Baugewerbe bei Vergabe der Bauten ist groß; der Unternehmer, der den billigsten Bauauftrag erhält, hindert dann die Differenz aus den Knochen der Bauarbeiter heraus, so daß der Bauarbeiter gar keine Zeit für einen Schutz vor Unfällen hat. Kollege Frenzel fordert gleichzeitig, da ein Bauarbeiter für eine Stadt von 125 000 Einwohnern zu wenig ist, anstatt noch einen, wie es in der Resolution beschlossen wurde, noch zwei Bauarbeiter von seiten der Stadt anzustellen. Die Zustimmung der anwesenden Kollegen zu den Ausführungen des Kollegen Frenzel zeigte, daß die Bauarbeiter nicht anders denken als ihre reformistischen Führer. Kollege Frenzel ging sodann bei der Neuwahl als erster Vorsitzender, Kollege Frenzel als zweiter Vorsitzender und Kollege Marzill als Schriftführer der Bauarbeiter-Schutzkommission hervor. Da die Zeit vorgeschritten war, schloß man darauf die Versammlung.

Vom Kinotheater. Der Protest der fleißigen Kinobesucher gegen die hohen Vergütungssteuern scheint Erfolg zu haben. Eine vom Magistrat gebildete vierköpfige Kommission hat die Verhandlungen mit den streikenden Kinobesitzern ausgenommen. Sollte der Verkauf dieser Verhandlungen — was anzunehmen ist — günstig sein, so wird mit der Wiedereröffnung der Kinotheater Mitte dieser Woche zu rechnen sein.

Oppeln

Die Opposition im Baugewerksbund marschiert vorwärts

Am Sonntag fand die Delegiertenversammlung des Baugewerksbundes statt. 69 Personen waren als Delegierte erschienen. Kollege Pazulla (D.) brachte auf Wunsch der Kollegen in der letzten Mitgliederversammlung den Antrag ein, daß die Mitglieder des Baugewerksbundes als Gäste an der Delegiertenversammlung teilnehmen könnten. Der berichtete frühere erste Vorsitzende (jetzt Hauptkassierer) Langsch sprach scharf dagegen. Der Antrag würde auch mit Mehrheit abgelehnt. Also sind die Mitglieder nur zum Beitritt zugelassen. Wir stellen wollen die Reformisten allein und ungeführt. Der Angestellte, Kollege Stach, gab darauf den gesamten Geschäftsbericht. Die Organisation hat sich im Laufe der letzten Jahre wieder weiter entwickelt. (Die Kollegen der Opposition haben aber auch die Möglichkeit dafür gearbeitet.) Im Geschäftsbericht wurden aber auch die „Segnungen“ der Republik sowie des Bürgerblutes: Arbeitsgerichtsrecht, Bauarbeiterchutz und Arbeitslosenversicherungsgesetz gestreift und verhöhnt. Auch wurden die letzten Lohnverhandlungen, der Streik der Töpfer usw. skizziert. Die Diskussion war sehr reichhaltig. Vor allem wurde gegen das Arbeitslosenversicherungsgesetz Stellung genommen. Ebenfalls wurden Anregungen zur reiflichen Organisation der Bauarbeiter gegeben. Bezirksleiter Pazulla sprach zu allen Fragen und auch zu dem Reichsarbeitervertrag. Zur Wahl brachte der alte Vorstand mit der Bemerkung, die Delegierten können weitere Vorschläge machen, eine fertige Liste. (Im vergangenen Jahre noch wurden die Opposition von der Wahl ganz ausgeschlossen, indem die Reformisten zur Erledigung der Wahl in ein anderes Lokal gingen.) Die Delegierten machten Vorschläge, wonach der Vorstand in folgender Zusammensetzung gewählt wurde: Pazulla (SPD), erster Vorsitzender, Pazulla (KPD), zweiter Vorsitzender, Stach (SPD), Kassierer und Angestellter des Verbandes, Wrobel, zweiter Kassierer, Polobajew und Libawski (parteilos) Beisitzer. Unter dem Punkt Verschiedenes wurden noch einige lokale Fragen behandelt.

Eine niederträchtige Lüge

Die bürgerliche Presse meldet von einer Waffen- und Munitionsbefehlshaber der Mitglieder der KPD in Oppeln. Nach unseren eingezogenen Erkundigungen ist der Arbeiter, bei welchem tatsächlich ein Gewehr beschlagnahmt wurde, niemals Mitglied der KPD gewesen, ebensowenig ist er Mitglied des Roten Frontkämpferbundes. Bereits seit November vorigen Jahres ist er seiner Beitragspflicht nicht nachgekommen und hat sich somit nach den Statuten des KPD von selbst ausgeschlossen.

Generalversammlung der Roten Hilfe. Am Freitag, dem 17. Februar, abends 19.30 Uhr, findet im Vereinszimmer des Schützenhauses in Oppeln, die Generalversammlung der Roten Hilfe statt, zu der ein jedes Mitglied verpflichtet ist zu erscheinen.

„Die große Parade“, betitelt sich der letzte Film in den Kammerlichtspielen. Die Kritiken darüber waren großartig. Die Reklame versprach Wahrheit über das große Wort. In den elf Akten war jedoch nur an einer Stelle etwas Paganisches zu finden, die das Gleichnis des einzelnen allerdings nur zum Ausdruck brachte. Für den Durchschnitt war der Film an und für sich gut. Einzelne Bilder, wie Maschinengewehrfeuer und ähnliche, waren annähernd natürlich. Man merkte jedoch im ganzen den amerikanischen Geschäftsfilm.

Mitwirkende gesucht! Am Sonntag, dem 4. März, findet wieder eine Theateraufführung statt. Mitwirkende, vor allem weibliche, werden noch benötigt. Donnerstag, den 16., findet um 19 Uhr im Keller die Kostümvorstellung statt, wo sich alle, die Lust haben mitzuspielen, melden können.

Das Programm des Stadttheaters lautet: Mittwoch: Gasparone, Operette. — Donnerstag: Unter Geschäftsaufsicht, Schwank. — Freitag: Gasparone, Operette. — Sonntag, nachmittags: Johannfeuer, Schauspiel; abends: Gasparone, Operette. — In Vorbereitung: „Gesellschaft“ von John Galsworthy. — „Minna von Barnhelm“ sowie die Operette „Drei arme kleine Mädel“.

Versammlung der Freien Turnerschaft. Am Sonntag fand die Mitgliederversammlung der Freien Turnerschaft statt. Als Tagesordnung wurden Berichte mit anschließender Diskussion gegeben sowie ein Delegierter nach Reutstadt zum Schwimmlehrerexamen gewählt. In der Diskussion wurde u. a. angeregt, wieder ein Tambourkorps aufzustellen.

Briefkasten

Marlowitz. A. R. Das Gedicht ist leider zur Zeit ungeeignet. Sollen wir das Manuskript zurücksenden?

Versammlungskalender

Kommunistischer Jugend-Verband
Oppeln, Donnerstag 19.30 Uhr im Schützenhaus Gruppenabend.
Roter Frontkämpfer-Bund
Oppeln, Sonntag Appell, Schützenhaus.
Oppeln, Sonntag Generalappell des gesamten Untergaus in Oppeln, 12 Uhr auf dem Ring, Auftreten 10.30 Uhr am Schützenhaus (Uniform). Untergaulaufsichtern vorabtags 10 Uhr im Schützenhaus.
Sonstige Organisationen
Oppeln, Freidenker, Sonntag 15 Uhr Jahresversammlung im Schützenhaus, Oberdorfplatz.
Gleiwitz, Freidenker, Sonntag 20 Uhr im „Stafen Halle“, Bahnhofsstraße 34, Diskussionsabend. Ref. Appalla. Gäste willkommen.

Aus aller Welt

Die Steglitzer Schülertragödie

Kranz aus der Haft entlassen

Berlin, 14. Februar. Im Kranz-Prozess, der nach der Pause am Sonntag und Montag Dienstag früh um 10 Uhr wieder begann, stellte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Frey, den Antrag auf Haftentlassung des Angeklagten, da nach dem bisherigen Verhandlungsergebnis kein hinreichender Verdacht des Mordes mehr bestehen könne. Der Staatsanwalt erklärte hierzu, er halte zwar die Anklage auf Mord nicht aufrecht, dagegen die Anklage auf gemeinschaftlichen Totschlag. Er beantragte, den Haftentlassungsantrag abzulehnen. Das Gericht verkündete den Beschluß der Haftentlassung des Angeklagten. Der Vorsitzende betonte, die Aufhebung des Haftbefehls sei erfolgt, weil der Angeklagte des Mordes nicht mehr hinreichend verdächtig erscheine.

Im Anschluß daran regte der Vorsitzende eine wesentliche Einschränkung der Beweisaufnahme an und appellierte an die Prozeßbeteiligten. Der Verteidiger erklärte dazu, er sei nur dann zum Verzicht auf seine Zeugen bereit, wenn die Staatsanwaltschaft auch den Verdacht auf gemeinschaftlichen Totschlag fallen lasse. Da die Staatsanwaltschaft dazu keine Erklärung abzugeben bereit war, wurde in die weitere Beweisaufnahme eingetreten und die Mutter des Angeklagten vernommen.

Die Mutter des Angeklagten schildert diesen als einen weichen, gutmütigen Sohn, der viel Gebächte gemacht habe. Von seinem durch Nachhilfstunden verdienten Gelde habe er ihr Geschenke gemacht. Der Einfluß der Freunde, insbesondere der Schellers, habe ungünstig auf ihn gewirkt.

Als nächster Zeuge wurde der Kaufmann Otto Scheller, der Vater der Hilde und des Günter Scheller, vernommen.

Er sagte aus, er habe Paul Kranz im Sommer auf seinem Grundstück in Wühlow kennengelernt. Er habe Kranz und seinem Sohne große Freiheiten gewährt, da er seinen Sohn zu lernen glaubte und sich dachte, daß solche Jungen, die unter dem Schulzwang stehen, das Abenteuerliche lieben und einmal frei für sich leben wollen. Als sein Sohn mit einem Bekannten eine Autofahrt nach Paris unternehmen wollte, habe er nichts dagegen einzuwenden gehabt, da er dies als eine Gelegenheit ansah, daß sein Sohn sich Autofahren und sonstige technische Kenntnisse aneignen könne. Auf Vorhalten des Vorsitzenden erklärte der Zeuge, er habe nichts dabei gefunden, daß sein Sohn dadurch der Schule fernbleibe. Auf weiteres Befragen gab der Zeuge an, er habe Wahrnehmungen gemacht, daß sein Sohn mit Freunden zuweilen getrunken habe.

Zusammenstoß mit der Verteidigung.

Dann wurde der beste Freund des Angeklagten Kranz, der Oberprimaner Karowski, vernommen, der Kranz für einen impulsiven Menschen hielt, der sich mehr vom Gefühl, als vom Verstand leiten lasse.

Der Vorsitzende bezeichnete eine Frage des Verteidigers als nicht zur Sache gehörig, worauf Dr. Frey darum ersuchte, ihn nicht zu unterbrechen. Vorsitzender: „Werden Sie nicht wieder ungehörig.“ — Dr. Frey: „Ich werde nicht ungehörig, ich habe eine Frage gestellt, und Sie haben mich unterbrochen.“ Der Vorsitzende bezeichnete dies erneut als ungehörig und rügte es. „Sie können gar nicht rügen“, sagte Dr. Frey, „für mich gilt nur als ungehörig, was ich selbst so empfinde.“ Als der Vorsitzende erklärte, er könne die Frage nicht zulassen, beantragte Dr. Frey Gerichtsbeschluß. Die Frage wurde als nicht zur Sache gehörig abgelehnt.

In der Nachmittagsitzung wurde Frau Scheller vernommen.

Ueber die Feindschaft zwischen ihrem Sohn Günter und dem ermordeten Stephan erklärte sie, Günter habe sich mit Stephan

entwöhnt, weil er durch Stephan die Möglichkeit zu weiterer Ausbildung im Autofahren und zur Erwerbung des Führerscheines dadurch verloren habe, daß Stephan Günter bei dem Herrn, mit dem er die Fahrten gemacht habe, verdrängt hatte. Die Zeugin bestritt, daß ihre Tochter Hilde vergnügungssüchtig und oft zum Tanzen gegangen sei. Die Dinge, die mit Stephan und Kranz vorgefallen seien, habe Hilde Scheller ihrer Mutter erzählt und auch die Einzelheiten nicht verschwiegen, sie habe dabei aber nicht gesagt, daß sie der aktive Teil gewesen sei.

Mit der Vernehmung dieser Zeugin schließt die Dienstagverhandlung, heute Mittwoch soll die Vernehmung der Sachverständigen beginnen.

Betrugsverfahren gegen den „Lufutate“-Fabrikanten

Gegen den Fabrikanten des „Lufutate“ ist Anklage wegen unlauteren Wettbewerbs und Betrugs erhoben worden.

Hochwasser in der Krim

Infolge des Hochwassers der Bergströme wurden die niederen Stadteile von Dschankal bei Simferopol überschwemmt und die Bahnhöfe unterspült. In der Umgebung sind zahlreiche Dörfer und Duhende von Häusern zerstört, viel Vieh und Getreide vernichtet worden. Auch einige Personen sind umgekommen.

Die Unwetterkatastrophe in Norwegen

Ueber die Naturkatastrophe im Distrikt von Bergen werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt. Nach den bisherigen Feststellungen wurden etwa 200 Häuser zerstört und zwanzig Personen getötet; sehr viele sind verletzt worden. Mehrere hundert Stück Vieh kamen um. Fürchtbare Verwüstungen haben die Erdrutsche besonders im Gisinger Tal angerichtet. Bei dem Versuch, sein Vieh zu retten, wurde ein Landwirt von herabfallendem Gestein getötet. An einer anderen Stelle wurde die Frau eines Landwirts von stürzender Erdbmasse begraben, während ihre neun Kinder schwere Verletzungen erlitten. Man rechnet damit, daß die Bergen-Bahn Anfang nächster Woche wieder fahrbar sein wird.

Gewerkschaftsaus - Lichtspiele

Wegen Film-Brandes Programm-Veränderung anstatt „Feme“ das Lustspiel „Moral“

Der Sittlichkeitsverein in der Kleinstadt eifilma: Trickzeichnungen; „Oswald und die Straßenbahn“ Nur Donnerstag, den 16. Februar 1923 und Freitag, den 17. Februar 1923, 5 und 8 Uhr

Für Jugend verboten! Keine Verlängerung möglich!

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater
Von Sonnab., d. 11. 2. bis Freitag, den 17. 2. täglich 20 Uhr „Trommelleder“
Sonnabend, d. 18. 2. täglich 20 Uhr „Der Hexer“
Kriminalstück von Edgar Wallace

Thalia-Theater
Von Sonnab., d. 11. 2. bis Freitag, den 17. 2. täglich 20 Uhr „Das Kamel geht durch das Nadelöhr“
Sonnabend, den 18. 2. täglich 20 Uhr „Kramerballade“
Barocke Komödie

Stadttheater Breslau (Opernhaus)

Wittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 13
Fidelio
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 13
Der Freischütz
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 13
Hoffmanns Erzählungen
Sonnabend, 20 Uhr
Lanz-Gaßpiel
Parasit
Sonntag, 20 Uhr
In vollständiger Neuinszenierung
Die unglückliche Heirat von Büdler

Schauspielhaus Breslau

Operettenbühne
Tel. Stephan 3630X
Täglich 20 Uhr
„Der Zarewitsch“
Musik von Franz Lehár

Blandleihaus Grundmann

Breslau, Trebnitzer Str. 21
Belichtung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

Deuwig

Spezial-Druckerei
Druckerei-Filiale Breslau
Trebnitzer Straße 50
Liefert sämtliche
Druckarbeiten
bei billig. Verrechnung

G Führer durch die Geschäftswelt G

Liegnitz

Max Süßmann
Mittelstraße 11
Herren- u. Knabenbekleidung 8 332

Herren- und Knabenkonfektion Herrenartikel
S. Harlam
Ring 46, am Fischmarkt 80414

Möbel P. Höhne
Goldberger Str. 74 80331

Bäckerei und Konditorei
Bernhard Panse, Wilhelmstraße 11 80415

Berdlungsinstitut „Zum Frieden“
und Saramagazin, billigste Preise
Breslauer Str. 60, Fernruf 1328 80413

Sämtliche Musikinstrumente für H.F.B.
Jo. Schwarz, Musikhaus
Synagogenstr. 2, Teilzahlung gestattet! 80 72

Brots-, Weiß- und Feinbäckerei
H. Bürger, Jauerstr. 17 80335

W.F. Bollmann, Herren-Artikel
7/71 Kaufhaus, Burgstr. 70/71
im 1. Bettel vom Ring links 80168

Max Jutter, Ring 9/10
Kleiderstoffe, Leinen, Baumwollwaren, Putz, Damen-Konfektion, Kurzwaren, Strümpfe, Wollwaren 8-170

Lauban

Herren- u. Knaben-Bekleidung
Fertig und nach Maß
Streng reell! — Solide Preise!
Zebestr. 28 **Karl Simon** Weberstr. 28 81052

B. Zielonkowski
Salanterie- u. Lederwaren, Frauenstr. 28 80323

Kinderwagen / Rag Gattmaldt
Kochwaren
Görlitzer Str. 10 81054

Anton Piz, Nikolaistraße 23
Mühlentartikel, Süßwaren, Kolonialwaren 81063

Koßenau

Zigarrengeschäft
Wilhelm Lehmann, Fina 7 80418

Bunzlau
H. Grundmann, O. Adenbergerstr. 52
Fleisch und Backwaren 80419

Handhaus Hermann Krause
erstes u. größtes Spezialgeschäft a. Platz 80417

Sagan
Fritz Skopia, Alter Ring 32
Das älteste Haus
für Herren- u. Knabenbekleidung
Tel.: Berufs- u. Arbeiter-Bekleidung 81035

Penzig

Arbeiterbekleidung, Weiß- u. Wollwaren
Paul Stebenicher, Wilhelmstraße 80325

Gielwitz

L. Pluta
Inhaber **Joseph Gullmann**
Gielwitz, Nicolai Str. 11
Destillation und Ausschank

Hindenburg

Ad. Krantzberger, Hindenburg
Spezialhaus für gute Herren- u. Knabenbekleidung
Maß-Anfertigung — Billige Preise

Georg Pollak
Hindenburg, Dorotheenstr. 8
Größtes Spezial-Damen-Konfektionshaus
Billige Preise — Reelle Bedienung

Kurt Grünberger
Hindenburg
Dorotheenstr. 14
gegenüber Knappschaff-Lazarett
Mantel- und Modewaren

Adolf Schindler

Hindenburg, Kronprinzenstr. 127
Lederhandlung und Lederwaren zu billigsten Preisen!

Beuthen

Treff der Arbeiterschaft im Lokal von **Richard Neumann**
Beuthen, Friedr.-Wilh.-Ring 12

Inserate

haben in unserer Zeitung **guten Erfolg**

N. TAU, Beuthen OS.

Krakauer Straße 36
Gegr. 1903 / Fernruf 2973
Spezialhaus für Herren- und Damen-Stoffe
Leinen- und Baumwollwaren
Besonders billige Arbeiterkleidung

F. Kober, Inh.: L. Wisztyniecki

Beuthen OS., Ring 9/10
Spezialhaus für Damen- und Kinder-Konfektion
Billigste Preise



Im Zeichen des Steinbocks! **Búdo**
Ich sage Ihnen,
ein minderwertiges Schuhputzmittel verdirbt unbedingt das Leder und das Aussehen Ihrer Schuhe. Risse und Sprünge sind die Folgen. Glauben Sie mir, es gibt nichts Besseres als Búdo. Ein guter Schuh verlangt direkt diese Edelmwachs-Paste. — kurz — Ihr Schuh braucht Búdo. Fragen Sie den Fachmann, fragen Sie jede kluge Hausfrau, immer werden Sie als Antwort hören:
Nimm Búdo

Um die Ausperrung der 80000

Was die Unternehmer sagen

Nach einer Meldung der Zll., wird zu dem gestern veröffentlichten Ausperrungsbeschluss der Metallindustriellen von der Arbeitgeberseite erklärt, dass die „mitteldeutsche Metallindustrie die Unterstützung der gesamten deutschen Metallindustrie in dem ihr aufgezwungenen Abwehrkampf gefunden habe, weil die bisher rasch aufeinanderfolgenden Lohnerhöhungen unter keinen Umständen fortgesetzt werden könnten, wenn der gegenwärtig deutsche Preisstand gehalten werden soll. Dies sei die unumgängliche Voraussetzung des jetzigen Beschäftigungsgrades. In den nächsten Monaten seien rund 200 Lohnverträge ab. Der Zustand, dass jeder Tarifabschluss die Gewerkschaften zu einer Lohnforderung veranlasse, sei volkswirtschaftlich untragbar, da er zu dauernder Beunruhigung der Wirtschaft, und falls den Forderungen immer wieder nachgegeben werde, durch die aufeinanderfolgenden Lohn- und Preiserhöhungen auf die Dauer zu einer Schraube ohne Ende und damit zu einer vollkommenen Unterbindung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt führen müsse. Daraus ergebe sich, dass die Auseinandersetzung in Mitteldeutschland richtunggebend für die Lohnpolitik der deutschen Industrie werden müsse.“

Weiter wird gesagt, „es sei zu fordern, dass das Schlichtungsverfahren nach einheitlichen wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolge. Es sei nicht angängig, dass, wenn einmal für einen großen Bezirk ein Lohnsatz von 78 Pfennig für angemessen erklärt wurde, und dann für verbindlich erklärt wird, kurz darauf, wenn es sich um einen kleineren Bezirk handelt, die Verbindlichkeitsklärung des gleichen Lohnsatzes abgelehnt werde. Da die gesamte deutsche Metallindustrie der Ansicht sei, dass der gegenwärtig noch befriedigende Beschäftigungsgrad durch Preiserhöhungen nur verschlechtert werde, und insbesondere die mühsam erworbene Stellung auf dem Weltmarkt gefährdet sei, habe sie den von der mitteldeutschen Metallindustrie geführten Abwehrkampf gegen ungerechtfertigte Lohnforderungen seiner grundsätzlichen Bedeutung wegen zu ihrem eigenen gemacht.“

Stellungnahme der reformistischen Führer

Die gestrige „Volkswacht“ veröffentlicht einen Artikel, dessen Schlusssätze lauten: „... Die Metallindustriellen spielten mit dem Feuer, und es besteht die Gefahr, dass, wenn es hart auf hart geht, starke Arbeitergruppen, wie zum Beispiel die Bergarbeiter und andere den Metallarbeitern zu Hilfe kommen. In der Tat: die deutsche Arbeiterschaft nimmt, wenn es nicht anders sein soll, den ihr hingeworfenen Fehlschuss auf. Sie weiß, was auf dem Spiele steht. Sie weiß, dass mit dem Schlag gegen die Lohnbewegung die gesamte Arbeiterschaft entmutigt und verwirrt werden soll, damit die parlamentarischen Helfershelfer der Metallindustriellen, d. h. die Rechtsparteien, bei den Wahlen im Trüben fischen und bessere Geschäfte machen können. Durch diese saubere Rechnung der Brandstifter wird die Arbeiterschaft einen dicken Strich machen.“

An einer anderen Stelle des Artikels wird gesagt: „Sehr unmissverständlich hat der Reichsarbeitsminister bereits am Montagabend im Reichstag erklärt, dass es nicht nur Sympathieausperrungen, sondern auch Sympathiestreiks gebe.“ Und: „Das Reichsarbeitsministerium soll auf die Knie gezwungen werden. Wird es vor den Erpressern tatsächlich zu Krenze kriechen? Erkennt es, dass es sich um mehr handelt als nur um ein paar Pfennige Lohnerhöhung?“

Wird es zu der Ausperrung kommen?

Die „Schlesische Tagespost“ lässt sich aus Berlin melden: „Zu der vor den 22. Februar beschlossenen Gesamtausperrung von 80000 Metallarbeitern Deutschlands wird es voraussichtlich nicht kommen. Der Streik in einer Reihe lebenswichtiger Betriebe würde die Antwort der Arbeiterschaft sein. Diese Annahme stützt sich auf die Erklärung des Gewerkschafts-Vorlats in der gestrigen Berliner Gewerkschaftssitzung. Man werde als Gegenhandlung auf eine Ausperrungsvollziehung die ohnehin unzufriedenen Eisenbahner und übrigen Verkehrsangehörigen des Reiches zum Generalstreik aufrufen. Auch die Berliner Börse bleibt optimistisch hinsichtlich der Lage in der Metallindustrie.“

Die „Volkswacht“ zitiert die „Germania“, die in der gestrigen Morgenausgabe u. a. schrieb: „Es bestehen nach dem jetzigen Stand der Dinge zwei Möglichkeiten für einen Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums. Die in der vergangenen Woche ergebnislos geführten Besprechungen im Reichsarbeitsministerium zwischen den mitteldeutschen Industriellen und den Metallarbeitern sind seinerzeit nur verlagert worden. Es könnten also neue Verhandlungen anberaumt werden. Ferner besteht theoretisch die Möglichkeit, ein neues Schlichtungsverfahren einzuleiten. Wie sich die Dinge allerdings praktisch entwickeln werden, steht vorläufig noch dahin.“

Dem Zitat aus der „Germania“ folgt die „Volkswacht“ folgenden Satz bei: „Es ist anzunehmen, dass in den obigen Ausführungen die Meinung des Reichsarbeitsministers wiedergegeben ist.“

Was müssen die Arbeiter tun?

b. Die Unternehmer sprechen offen aus, dass sie nicht gewillt sind, an die Arbeiterschaft irgendwelche Zugeständnisse zu machen, weder an die mitteldeutschen Metallarbeiter noch an all die Berufe, für die die genannten 200 Tarife in den nächsten Wochen ablaufen. Sie verlangen von dem deutschen Proletariat, dass es durch Fortsetzung seines Hungerdaseins den sich kräftigenden deutschen Imperialismus nicht stören soll. Das ist deutlich.

Die Reformisten reden von den Wahlen und spielen mit dem Gedanken des Sympathiestreiks der Bergarbeiter. Eine Aufforderung an die Arbeiter, sofort dementsprechende Beschlüsse zu fassen, richten sie nicht. Die Ausrufung des Arbeitsministers, dass es nicht bloß Sympathieausperrungen, sondern auch Sympathiestreiks gebe, legen sie als Drohung gegen die Unternehmer aus, obwohl darin lediglich die Angst vor der Möglichkeit des Massenstreiks zum Ausdruck kommt, der ihn zwingen würde, seine unparteiliche Maske (an die niemand mehr glaubt) abzulegen oder abzutreten, gemeinsam mit der gesamten Bürgerblutregierung. Nicht auf die Knie soll der Arbeitsminister durch die androhte Ausperrung gezwungen werden, sondern dadurch soll ihm ermöglicht werden, einigermassen glaubwürdig die Rolle der vergewaltigten Jungfer zu spielen.

Die Frage, ob die androhte Ausperrung verwirklicht wird oder nicht, ist im Moment belanglos. Die reformistischen Führer hoffen, dass durch das Eingreifen des Arbeitsministers die Ausperrung vermieden wird. Anders ist das Kommentar zu dem Zitat aus

der „Germania“ nicht zu verstehen. Wer von einem Eingriff des Arbeitsministers profitiert, ist der deutschen Arbeiterschaft aus eigenen Erfahrungen zur Genüge bekannt — nur die Unternehmer. Die Reformisten weisen also auf die Unwahrscheinlichkeit der Ausperrung infolge des zu erwartenden Eingriffes des Arbeitsministers hin und — fordern mit keiner Felle die Arbeiterschaft zu Gegenmaßnahmen auf.

Arbeiter aller Berufe, insbesondere in den Metall- und Hütten-

werken, auf der Eisenbahn und in den Kohlengruben, macht kein Mittel, ob die Ausperrung kommt oder nicht, ob der Minister eingreift oder nicht, sondern organisiert sofort den Abwehrkampf. Derst sofort Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen ein und beschließt dort, Geld zur Unterstützung der Kollegen in Mitteldeutschland abzuführen, im Falle der Ausperrung am 22. Februar in den Streik zu treten und vom AOB die Schaffung des Kampfbündnisses der Metall-, Hütten-, Transport- und Bergarbeiter zu fordern. Nur wenn der Kampf so vorbereitet und geführt wird, wird der Anschlag der Metallindustriellen zurückgeschlagen und eine wesentliche Verbesserung der in den nächsten Wochen in vielen Berufen ablaufenden Lohn- und Arbeitstabelle zugunsten der Arbeiterschaft erzielt werden!

Indische Bourgeoisie kompromissbereit

Kampfauftrag der KP. Englands an Indien

London, 15. Februar. Der kommunistische Abgeordnete des Unterhauses, Genosse Sallatwala, sandte im Namen der Kommunistischen Partei Englands an den indischen Nationalkongress ein Telegramm, in dem er das indische Volk ermahnt, die schmachvollen sogenannten Konzessionen der Simon-Kommission abzulehnen. Ein wirkliches Entgegenkommen könnte nur darin bestehen, wenn die englischen Behörden in Indien die politischen Gefangenen sofort freilassen und die britischen Truppen zurückziehen würden. Nur so könnten praktische Garantien dafür geschaffen werden, dass die britische Gewalt Herrschaft in Indien ihr Ende nimmt.

Sonntag, den 12. Februar, begann in Delhi, der Hauptstadt Indiens, eine Beratung der Delegierten des indischen Nationalkongresses, zusammen mit allen indischen Parteien und öffentlichen Organisationen. Diese Beratung, die auf dem Kongress der indischen politischen Parteien in Benares am 15. Januar beschlossene wurde, hat die Aufgabe, eine indische Nationalverfassung auszuarbeiten, die den englischen Plänen gegenübergestellt werden soll. Der Hauptpunkt der neuen Verfassung

ist die Forderung nach einer gewählten indischen Nationalversammlung.

Auf dem Kongress dürfte es zwischen den verschiedenen Richtungen der nationalen Bewegung, insbesondere dem großkapitalistischen und dem proletarischen Flügel, zu Auseinandersetzungen kommen. Nach den letzten englischen Meldungen ist ein Teil der bürgerlichen Nationalisten Indiens zu Kompromissen mit der Simon-Kommission bereit.

Besonders feindselig werden in Indien die beiden sozialdemokratischen Mitglieder der Simon-Kommission, die Labour- und geordnete Partys Horn und Allee, behandelt. Sie sind zusammen mit der ganzen Labour-Party-Führung die eifrigsten Agenten des englischen Imperialismus, die die indischen Nationalrevolutionäre zu einem Kompromiss mit England überreden wollen.

Die kommunistische Forderung nach einer Freilassung der politischen Gefangenen in Indien ist um so dringlicher als nach unseren Informationen die in Kapur verhafteten Nationalrevolutionäre Azadi und Genossen seit langen Wochen in Hungerstreik sind und dem sicheren Hungertode entgegengehen

Beschlüsse der schlesischen Erwerbslosenkonferenz

Am Montag veröffentlichten wir einen Bericht von der am vergangenen Sonnabend und Sonntag in Breslau stattgefundenen Bezirkskonferenz Schlesiens der Erwerbslosen. Heute lassen wir die auf dieser Konferenz angenommenen Beschlüsse folgen. D. Red.

Sinein in die freien Gewerkschaften

Die Erwerbslosenkonferenz fordert alle Erwerbslosen auf, Mitglied einer freien Gewerkschaft zu werden. Sie erwartet, dass die 27 anwesenden Delegierten, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, als erste ihren Eintritt erklären. Von den Gewerkschaften fordern sie, den Erwerbslosen durch Herabsetzung des Beitrittsgebühres den Eintritt in die Gewerkschaften zu ermöglichen.

Organisatorische Richtlinien für die kommende Arbeit

Die Konferenz beschließt folgende Richtlinien aufzustellen: a) In jedem Ort ist ein Erwerbslosenausschuss zu bilden, dessen Stärke sich nach der Anzahl der Erwerbslosen am Ort richtet. In diesen Ausschüssen sollen sich nach Möglichkeit Vertreter der Frauen und Jugendlichen befinden. In kleinen Orten muß zumindest ein Obmann vorhanden sein. b) Die Erwerbslosenausschüsse eines Kreises werden zur Bildung eines Kreis-erwerbslosenausschusses zusammengefaßt. Der KRA soll nach Möglichkeit seinen Sitz an dem Ort haben, wo sich das zuständige Arbeitsamt befindet. Der KRA wird auf der Kreis-erwerbslosenenkonferenz gewählt. c) In Breslau befindet sich der Landes-erwerbslosenausschuss Schlesiens. Er wird auf der Landes-erwerbslosenenkonferenz gewählt. Der engere Landes-erwerbslosenausschuss bildet gleichzeitig den Erwerbslosenausschuss für Breslau. Der erweiterte KRA soll sich aus Vertretern nicht allzu weit entfernter KRA zusammensetzen. Das Zusammenkommen des erweiterten KRA in Zeiten großer Arbeitslosigkeit mindestens alle zwei Monate erfolgen. d) Sämtlichen Ausschüssen, ob KRA, KRA oder KRA, sind Gemeinde- und Kreisvertreter anzugliedern. Auch muß versucht werden, Betriebsräte größerer Werke sowie Vertreter der Orts-erwerbslosenausschüsse in die Erwerbslosenausschüsse zu delegieren.

Prot.-demonstrationen im ganzen Reich!

In Anbetracht des Umstandes, dass am 31. März 1928 die Nebergangsbestimmungen des ABG. ablaufen, dass die Krisenfürsorge ebenfalls nur bis zu diesem Tage befristet ist, ferner, dass nach dem 1. April täglich tausende Erwerbslose ausgekurtet werden, weil ihre Bezugsdauer von 26 Wochen abgelaufen ist, muß seitens des Reichs-erwerbslosenausschusses nunmehr energisch der Kampf aufgenommen werden gegen diese Verschlechterungen. Die Landeskonferenz ersucht den Reichs-erwerbslosenausschuss, spätestens für den Anfang des Monats März einen Tag festzusetzen, an dem im ganzen Reich von den Erwerbslosen und von dem im Betrieb stehenden demonstriert wird für die Forderungen: Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen und strikte Zuneigung des Arbeitslosenunterstützungsgesetzes! Fort mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz! Her mit einer Arbeitslosenunterstützung in ausreichender Höhe für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit.

Fort mit der Bürgerblutregierung!

Nach einer eingehenden Analyse der wirtschaftlichen und politischen Lage nahm die Konferenz eine längere Resolution an, die mit folgenden Worten schließt: „Der Kampf der Erwerbslosen gilt ebenso der Hindenburg-Republik und der Bürgerblutregierung und muß bis zur Erringung der politischen Macht durch die proletarische Klasse geführt werden.“

*

Es wurden auf der Konferenz eine Reihe weiterer Resolutionen angenommen. Wir drucken sie nicht ab, weil uns z. B. dazu kein Raum zur Verfügung steht, z. B. sich diese Beschlüsse mit den oben

veröffentlichten decken. Zusammenfassend kann und muß festgestellt werden, dass die Konferenz in durchaus sachlicher zweitägiger Arbeit allen schlesischen Erwerbslosen die Richtung und das Ziel der kommenden Kämpfe aufgezeigt hat. Dabei sei besonders hervorzuheben, dass die Konferenz keinen gewerkschaftsfeindlichen Charakter hatte und die Notwendigkeit des engen Zusammenarbeitens mit den im Produktionsprozess stehenden Proletariern durchaus erkannt hat.

(Die Resolution „Forderungen an Reich und Kommune“ werden wir morgen veröffentlichen.)

Schiedspruch für die Holzarbeiter

Bei den zentralen Verhandlungen über die Holzarbeiterlöhne, die in der vorigen Woche in Berlin stattfanden, wurde ein Schieds- spruch gefällt, der statt der geforderten 15 Prozent die Löhne nun um etwa 6 Prozent erhöht, für die Provinz Brandenburg z. B. von 84 auf 90 Pfg. ab 16. Februar 1928. Ab 1. Oktober sollen dann — in allen Tarifgebieten — weitere 2 Pfg. „gewährt“ werden. Das Abkommen soll bis 15. Februar 1929 gelten; die Erklärungsfrist geht bis 24. Februar, mittags 12 Uhr.

Die Holzarbeiter dürfen sich vor keinem Fall täuschen lassen. Jetzt gilt es, die Verbandsführer mit ihren Vorprüfungen beim Wort zu nehmen. Noch am 23. Januar schrieb die „Holzarbeiter-Zeitung“: „Unsere Kollegen im Reich kämpfen einen verzweifelten Kampf gegen die Herabdrückung ihrer Lebenshaltung durch unzureichende Löhne. Im großen Durchschnitt genommen, haben sie die Lebenshaltung der Vorkriegszeit noch nicht wieder erreicht.“ Damit wurde zugegeben, was die Opposition immer behauptet, nämlich, dass der Reallohn niedriger ist als in der Vorkriegszeit.

Am 21. Februar läuft die Erklärungsfrist zu diesem Schieds- spruch ab. Am 23. Februar soll die Städtekonferenz des DV. dazu Stellung nehmen. Wenn die Holzarbeiter sich jetzt nicht in den Zahlstellen rühren und von ihren Verwaltungen unbedingt die Ablehnung dieses Machwerts verlangen, dann wird sich genau dieselbe Komödie wie im April vorigen Jahres abspielen. Dann wird dieser Schieds- spruch erneut auf ein ganzes Jahr festgelegt und die Kollegen in ihrer Lebenshaltung noch weiter herabgedrückt. In allen Betrieben und Zahlstellenversammlungen muß die Ablehnung des Schieds- spruchs und volle Durchsetzung der 15 prozentigen Lohnforderung gefordert werden.

„Lügen-„Bergwacht“

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter.)

Vor einiger Zeit war in der sozialdemokratischen Lügenwacht ein Schwindelartikel über die Opposition im schweidnitzer Textilarbeiter-Verband veröffentlicht. In der Generalversammlung werden wir dazu näher Stellung nehmen. Heute wollen wir lediglich bemerken, dass unsere Behauptung, wonach der Betriebsrat für arbeiterfeindliche Organisationen Propaganda macht, durchaus den Tatsachen entspricht. Ist das etwa keine Propaganda, wenn er für das Reichsbanner Plakate klebt? Wenn uns die Schuld an der Niederlage im Jahre 1923 in die Schuhe geschoben wird, so möchten wir lediglich bemerken, dass damals im Betriebe kein einziger Kommunist vorhanden war. Deshalb hat in dem letzten Quartal keine Versammlung stattgefunden? Hat man etwa vor der Kritik der Opposition Angst? Die beharrliche Weigerung, die Wiederaufnahme des ausgeschlossenen Kollegen zu vollziehen, kann selbst die „Bergwacht“ nicht leugnen. Ist das etwa ein besonderes Verdienst an der Stärkung der freige- werkschaftlichen Bewegung, wenn man die revolutionär gesinnten Kollegen einfach ausschließt? Nun, es ist noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Der junge Kämpfer

darf während dieser Weraktion abseits stehen. Jeder einzelne muß Abonnenten und Leser werden. Parole ist: Jede Ortsgruppe stellt den Umfrage unserer Zeitung auf mindestens das Doppelte. In diesem Sinne jeder auf seinen Platz und an die Arbeit!

W. Schellen.

Achtung, Speditoren und Kolporteurs des Jugendverbandes! Zum 10 Jahrestage der Roten Armee erscheint eine illustrierte Werbenummer der „Jugend-Internationale“. 48 Seiten, mit zweifarbigen Photountschlag und zahlreichen Illustrationen. Preis 20 Pf. Bestellt sofort bei der W. V. Literatur.

Das Arbeiterkind

Es hat gewirkt

Eine Doppelner Jungpionierin schreibt uns: Jeder Leser wird sich noch an den Artikel der „W. V.“ erinnern, in dem Fr. S. in mich anlässlich als Prügelgelbin gebrandmarkt wurde. Dieser Artikel hat seine Wirkung nicht verfehlt, denn vor einiger Zeit erschien in der Schule ein sehr angezogener Herr, allem Anschein nach der Schulfürer, den Zeitungsausschnitt in der Hand, und zog bei der Schülerin D. (die von Fr. S. Gefraute) Erkundigungen über den Vorfall ein. Nach diesem erkundigte er sich noch in der Klasse bei anderen SchülerInnen, die dasselbe berichteten.

Nun wird wohl das Fräulein S. einen Verweis erhalten! Wir werden weiter in der Schule auf der Hut sein.

Genin, ein Freund der Kinder

In Rußland gab es durch den Weltkrieg und die nachfolgenden Revolutionen viele obdachlose Kinder. Für einen Teil von ihnen hat Genin in der Nähe von Odessa eine Kinderstadt bauen. Diese Kinderstadt heißt Komintern. Sie besteht aus 90 Häusern und beherbergt zurzeit 1800 Kinder. In der Kinderstadt gehört viel Gartenland und ein großer Wald.

Genin ist tot, aber die „Komintern“ wächst und dehnt sich aus und ehrt das Andenken des großen Führers. Wollt ihr wissen, was eine deutsche Genossin von den Kindern dieser Stadt erzählt?

„Auf einer Spielwiese wurden wir von den Kindern begrüßt. Alle Häuser machen einen sauberen Eindruck. Sie sind von Blumen- und Obstgärten umgeben, die von den Kindern selbst angelegt und bearbeitet werden. In den einzelnen Obstgärten waren die Früchte reif und für die Kinder in greifbarer Nähe. Aber keine Frucht war abgepickt. Das ist jedenfalls ein gutes Zeichen für den Gemeinschaftsinn der Kinder.“

In jedem Hause wurdert wir von dem Leiter oder der Leiterin des Hauskomitees — einem größeren Knaben oder Mädchen — empfangen und geleitet. Mit großem Eifer und Interesse zeigten sie uns alles.

In einem Hause wurde uns von Kindern bis zu acht Jahren ein Konzert vorgeführt — Dirigent: ein kleines Mädchen, das alles auswendig mit großer Exaktheit dirigierte.

Hierauf wurden wir zu einem Hause geleitet, in dem ein Laboratorium eingerichtet war. Hier werden den Kindern unter sachmännlicher Leitung Tiere präpariert. Ein 13 jähriger Knabe erklärte uns alle Arbeit. Dieser Knabe wird der proletarische Professor genannt, er hält den Kindern der Stadt einstündige Vorträge über Naturwissenschaft.

Zum Schluß wurden wir gebeten, uns noch einige Musikstücke bei Stadtkapelle anzuhören. Diese wurden in sehr schöner Weise zu Gehör gebracht. Die Kinder schenken uns Blumen und ein Album mit den Ansichten der Stadt. Wir schieben mit dem Bewußtsein, daß hier wirkliche Gemeinschaftsmenschen und Sozialisten herangebildet werden.“

Das ist der Vorgang, wie er im deutschen „Handwörterbuch des Völkerrechts“ von Strupp dargestellt wird. Der Regisseur des Films, Herbert Wilcox, baut das Filmanuskript nach belgischen Berichten auf. Nach der Darstellung des Regisseurs hat sich bei der Erschießung der Krankenschwester Edith Cavell ein deutscher Soldat namens Kammerl gemeldet, zu schießen. Der Soldat ist deshalb von einem Offizier über den Haufen geschoben worden. In der belgischen Darstellung hat außerdem derselbe Offizier die ohnmächtig am Boden liegende Krankenschwester mit dem Revolver erschossen. Zugewiesen hat der englische Regisseur einen Brief an die deutsche Regierung geschrieben, in dem er sich bereit erklärt, den untrüben Film in einer besonderen Vorführung in Anwesenheit von Regierungsvertretern in Berlin zu zeigen. In der englischen Presse wird die Wiederbelebung der Cavell-Erschießung lebhaft diskutiert. Es wird darauf hingewiesen, daß Deutschland kein Recht habe, zu protestieren. Die Erschießung der Krankenschwester sei die schlimmste Infamie der deutschen Kriegsverbrechen gewesen.

Arbeitersport

An die Vereine des 14. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Am 1. März soll in Händen aller Vereine der gedruckte Jahresbericht der Kreisleitung sein. Die statistischen Unterlagen sind nur durch die Fragebogen zu gewinnen. Von den 340 Vereinen des 14. Kreises fehlen noch 100 Fragebogen. Diese 100 jäumigen Vereine machen die rechtzeitige Fertigstellung des Jahresberichtes unmöglich. Die Fragebogen müssen noch innerhalb dieser Woche eingelangt werden, da sonst öffentliche Bekanntmachung der säumigen Vereine erfolgt. Die Zahl der vom 14. Kreis zum Bundestag zu stellenden Delegierten ist von der Einsendung der Fragebogen bis Ende Februar abhängig. Vereine, die bis Ende Februar nicht eingelangt haben, verlieren das Wahlrecht zu unserem Bundesparlament! Die Vereinsleitungen wollen die Fragebogen für 1927 also sofort einleiden!

Freie Turnerschaft, Abteilungs-, Spiel- und Sportleiter. Heute Mittwoch 20 Uhr bei Hanke, Leuthenstraße 34: Wichtige Sitzung. Arbeitsplan 1927 sowie Fußballspiele stehen zur Besprechung. Keine Abteilung darf unvertreten sein; insbesondere sind die Spielleiter der Turnerrinnenabteilungen zwecks Aussprache über Selbsthaltung des Turnmehrfußballspiels eingeladen.

Freie Sportvereingung 1897. Frauenabteilung. Heute Mittwoch außerordentliche Übungsstunde, Sauerbrunn-Turnhalle. Alle Sportlerinnen haben zu erscheinen. (Anfang der neuen Übungsger.) Neuaufnahmen werden daselbst angenommen. Übungsstunde jeden Mittwoch von 20 bis 22 Uhr.

Arbeiter-Athletenbund Bezirk Breslau. Die Vereine, die Jujitsu üben, melden die Zahl der Teilnehmer dem Obmann, Sportgenossen B. Knöpel, Sonnenhofweg 9.

Sportvereingung Rothhof 03 e. V. Anderjensschule. Die Übungstunden sind regelmäßig Dienstag und Freitag von 20 bis 22 Uhr.

Freiburg. Die 1. C. I. des Vereins für Rasenspiele sucht für den 28. 2. einen guten Gegner nach Freiburg zu folgenden Bedingungen: Halbe Jahresturnierabteilung und Retourspiel, das bestimmt am 4. 3. in Breslau ausgetragen wird. Anschriften sind halbjährig zu richten an 1. Spielleiter Rudolf Philipp, Freiburg i. Schloß, Bedergasse Nr. 4.

Brückstein

Achtung Berichtspatente! Auch für die heutige Nummer kommt eine Reihe von Zusendungen aus Platzmangel nicht verwertet werden. Wir holen das in den nächsten Nummern sofort nach.

Fortbildungsschüler, dazu über, diesen Schülern ein Ende zu machen. Wie müßten endlich unsere Schulverwaltung schaffen.“

Auswirkungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes

Wie uns gemeldet wird, legt man in verschiedenen Orten das Erwerbslosen-Versicherungsgesetz dahin aus, daß alle jugendlichen Arbeiter unter 21 Jahren verpflichtet sind, bei Empfang von Unterstützung „gemeinnützige Arbeit“ zu leisten. Man spart somit Geld und beutet die jugendlichen Arbeiter auf Kosten der Versicherung aus. Hiergegen gilt es froh zu machen, alle jugendlichen Arbeiter müssen sich zusammenschließen und hiergegen Protest erheben, denn dieses ist der erste Versuch, wie weit man die jugendlichen Arbeiter zwingen kann zur Arbeit. Das nächste wird sein, durch „Sportkurse“ als Pflichtunterricht für den neuen Krieg vorzubereiten.

Wie der Schatz der Jugend in Wirklichkeit aussieht

Aus den fürstlich-pfeifischen Gartenbetrieben in Diebitz a. O. sind uns geschrieben: In der Regel müssen die Lehrlinge in dem fürstlichen Gartenbetrieb von 7 Uhr früh bis 10,30 Uhr arbeiten, bei einer halbtägigen Frühstücks- und einständigen Mittagspause. In der letzten Zeit werden sie nun des öfteren zu Überstunden angehalten, so daß sie nach einer Pause nach Arbeitschluss bis 22 Uhr oder auch nachts arbeiten müssen. Zuweilen werden sie sogar zu Sonntagsarbeit herangezogen. Darunter befinden sich Lehrlinge, die nicht einmal das 16. Lebensjahr erreicht haben. Vielleicht interessiert sich der Gewerberat einmal dafür. Es wäre höchste Zeit!

Wer macht mit?

Unsere kommunistische Zeitung soll nicht nur für Eltern und Arbeiter gedrukt werden, auch für die proletarische Jugend und die Kinder. Wenn Ihr wollt, daß Euch die Zeitung gefällt, müßt Ihr alle helfen. Ich meine, Euer Teil in der Zeitung müßte der beste sein. Wie fangen wir das an? werden sich unsere jungen Kampfgenossen fragen. Ganz einfach, also paßt gut auf, was ein alter Arbeiter-Korrespondent Euch sagt: Ihr schreibt der Redaktion alles, was Ihr erlebt habt, dasheim, auf der Straße, in der Schule, auf Wandertagen, im Betrieb usw.

Wenn es die Kleinsten unserer Mitarbeiter, die Kinder, noch nicht allein können, dann laßt Euren Eltern, sie sollen Euch dabei behilflich sein, dann wird die Sache schon klappen. Also, heran an die Arbeit! Schreibt schriftlich unter Angabe der Adresse, oder auch persönlich, im Sekretariat des kommunistischen Jugendverbandes, Breslau 8, Fischer-gasse 22. Ein alter Arbeiter-Korrespondent.

An alle Mitglieder des ASB.

Jungkommunisten!

In den Tagen verstärkter Angriffe auf die arbeitende Massen, insbesondere jedoch auf die arbeitende Jugend, durch die Regierung der Krantanker und Schlotbarone, in einer Zeit wieder aktiv kämpfenden Proletariats, ruft das J. R. des deutschen Jugendverbandes alle Jungkommunisten auf, die einzig revolutionäre Zeitung des Jungproletariats, die „Junge Garde“, durch eine Werbemaschine unter die breitesten Massen der jungen Arbeiter zu bringen. Wir als Bezirk Schlesien dürfen nicht zurückstehen hinter den anderen Bezirken des Reiches. In den Betrieben und gewerkschaftlichen Jugendsektionen, überall, wo junge Arbeiter ausgebeutet und unterdrückt werden, gilt es, die „Junge Garde“ zu vertreiben, um die Herzen und Hirne der Jungarbeitermassen zu gewinnen. Keine Ortsgruppe, kein Mitglied



Wir!

Wir wollen heinende Manern hartblütig, hartfliegend mit jähnelndem Troß führen!

Wir wollen die schwellende Kreise der Lichtungstrigen alle, der hochstehende Wille. Aufwärts!

Wir ringen heinende Mächte wissenwollend nieder.

Wir, die lodrende Flamme, Jugend!

Willi Nagelmacher.

Erst nachsehen, dann Geldstrafe!

Sie meldeten vor einiger Zeit die Bestrafung eines Breslauer Fortbildungsschülers, weil er sich, da er und sein arbeitsloser Vater kein Geld hatten, keine Formularemappe kaufen konnte. Er erhielt damals vier Stunden Arrest diktiert, die er absaß. Aber damit noch nicht genug, wurde ihm dieser Tage ein Strafbescheid über 6,30 Mark zugesandt. Höher geht's wirklich nicht! Hier hört die Möglichkeit jeder „Bürokratischen“ Begründung auf und beginnt die Erschleiner.

Ein Fortbildungsschüler schreibt uns dazu: „Nach einer Verordnung aus dem Jahre 1919 steht uns das Recht zu, Schülerkate zu wählen, die die Interessen der Jugendlichen gegenüber der Lehrerschaft zu vertreten haben. Trotz dieser Verordnung gibt es in Breslau keine. Schulkollegen, hütet euch, wenn eure Väter einmal arbeitslos sein sollten, und keine Formularemappe auch kaufen können. Dann gibt's Arrest. Oder aber wir gehen, gemäß dem Beispiel der Berliner

Miß Cabell

Kriegsgruel, Film und Diplomatie

Sechs Jahre nach Beendigung des Weltkrieges gelang gegenwärtig ein Kriegsfilm nach dem anderen zur Aufführung. Deshalb hat heute die Kriegsfilmindustrie auf den Plan tritt, hat seine bestimmte Urtöne. Bürgerliche Literatur und Kunst haben sich in ihrer Unfähigkeit, den Weltkrieg künstlerisch auszubilden, offenbart. Die bürgerliche Klasse kann keine Antikriegsfilme gestalten. Der Krieg gehört zur Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft. Je härter diese Wirtschaft von der arbeitenden proletarischen Klasse bedroht wird, um so mehr wird der Krieg zur einzigen und letzten Existenzgrundlage des Kapitalismus. Alle großen künstlerischen Werke über die Tragödie des Völkermordes haben deshalb ihren Ursprung in der revolutionären Klasse. „Das Kreuz“ von Henry Barbusse leuchtet jetzt einem Jahrzehnt in einleuchtender Höhe über allen jülicher erschienenen Werken der Kriegsliteratur. Nur die junge Kunst des proletarischen Kampfes war imstande, auch das Thema des Krieges als Stoff gegen die bürgerliche Kunst künstlerisch zu gestalten.

Die Kriegsfilme, die gegenwärtig laufen („Die große Parade“ — „Weltkrieg“ — „Stacheldraht“) sind Dokumente des bürgerlichen Pazifismus, hinter denen man nur zu deutlich die Absicht verspürt, neue Kriegsbegründungen zu schaffen. Die Niederlage der herrschenden Klasse im Weltkrieg, der Verlust der Territorien und der Dames-Potz zwingen das bürgerliche Deutschland, in die Friedens-Legende zu flüchten, um ihrem wiedererstandenen imperialistischen Machtstreben geistige Ausbreitung zu verschaffen. Anders ist die Lage in den sogenannten Siegerstaaten. Dort kann in Kunst und Literatur unverblümt und hellhörig der Kampf gegen Deutschland weitergeführt werden. Die amerikanischen, englischen und französischen Filme legen hierüber bereits Zeugnis ab.

In England steht die Aufführung eines neuen Kriegsfilmes bevor. Dieser Film behandelt das Schicksal der englischen Miß Edith Cavell. Miß Cavell war eine britische Staatsangehörige, die lange Jahre eine Pflegerinnenstelle in Brüssel geleitet hat. Sie wurde zusammen mit zwei anderen Frauen am 12. Dezember 1918 von einem deutschen Kriegesgericht in Brüssel zum Tode verurteilt. Die Engländerin wurde beschuldigt, englische und französische Soldaten in ihrem Hause verborgen zu haben, ihnen Geld und Kleidung gegeben und ihnen sowie militärisch tätigen Belgien die Flucht aus Belgien zwecks Rückkehr zur französischen Armee ermöglicht zu haben. Der damalige deutsche Militärkonsul von Belgien hatte abgelehnt, ein Gesuch um die Freilassung der Engländerin. Die Intervention des amerikanischen Gesandten in Brüssel, unter dessen Schutz Miß Cavell stand, blieb erfolglos. Das Urteil wurde sofort am Tage der Verurteilung am 12. Dezember 1918, vollstreckt.

Die Hinrichtung einer deutschen Frau durch die deutschen Militärgesandten in Belgien hat damals großes Aufsehen erregt. Es ist eine neue Literatur über diesen Fall in England entstanden. Die deutsche Regierung erklärte gegenüber den vielfachen Botenrufen, daß die Hinrichtung abschließend verurteilt worden sei, die schnelle Beilegung als Urteil sei durch militärische Notwendigkeiten (3) gebietet worden.

Das ist der Vorgang, wie er im deutschen „Handwörterbuch des Völkerrechts“ von Strupp dargestellt wird. Der Regisseur des Films, Herbert Wilcox, baut das Filmanuskript nach belgischen Berichten auf. Nach der Darstellung des Regisseurs hat sich bei der Erschießung der Krankenschwester Edith Cavell ein deutscher Soldat namens Kammerl gemeldet, zu schießen. Der Soldat ist deshalb von einem Offizier über den Haufen geschoben worden. In der belgischen Darstellung hat außerdem derselbe Offizier die ohnmächtig am Boden liegende Krankenschwester mit dem Revolver erschossen. Zugewiesen hat der englische Regisseur einen Brief an die deutsche Regierung geschrieben, in dem er sich bereit erklärt, den untrüben Film in einer besonderen Vorführung in Anwesenheit von Regierungsvertretern in Berlin zu zeigen. In der englischen Presse wird die Wiederbelebung der Cavell-Erschießung lebhaft diskutiert. Es wird darauf hingewiesen, daß Deutschland kein Recht habe, zu protestieren. Die Erschießung der Krankenschwester sei die schlimmste Infamie der deutschen Kriegsverbrechen gewesen.

Die kapitalistische Kriegsführung kennt hunderte Cavell-Fälle. Handelt es sich bei den Gruppierungen um Angehörige der bestehenden Klasse, die von der bestehenden Klasse des jeweils feindlichen Landes ermordet werden, dann werden sie zu Nationalheiligen gekrönt. Miß Cavell ist in London ein Denkmal gesetzt worden. Rummet hat Miß Cavell auch im Film aufzuführen. Es ist klar, daß die Vorführung der Erschießung durch die deutschen Militärbehörden in Brüssel nicht dazu angetan ist, jene Stimmung zu wecken, die die englische Bourgeoisie gegenwärtig für ihr Vändnis mit dem deutschen Reich braucht. Die Völkervereinigung gegen die Sowjetunion fordert gebieterisch die Eingliederung Deutschlands in die westeuropäischen Mächte. Es ist aus diesem Grunde zwischen der englischen und deutschen Diplomatie zu einer Auseinandersetzung über die Zweckmäßigkeit einer Veröffentlichung der filmischen Darstellung der Erschießungszene gekommen. Die deutsche Botschaft in London hat bereits interniert.

Das Organ des Herrn Stresemann, die „Tägliche Rundschau“, nimmt nunmehr ebenfalls zu dem englischen Film Stellung und erklärt, daß es in einer Epoche der Annäherung und der Völkervereinigung äußerst ungewöhnlich und unerwünscht ist, die Empfindung der Massen durch eine Unterführung solcher Vorgänge in Bild und Schrift von neuem anzuzetteln. Das Blatt Stresemanns spricht dabei die Erwartung aus, daß die englische Regierung Mittel und Wege finden werde zur Verhinderung eines zur Aufspaltung der Völkervereinigung geeigneten Filmes.

Die herrschenden Klassen der ehemals kriegsführenden Länder bestanden es heute als eine Erleichterung ihrer Politik, wenn eine filmische Darstellung der Kriegsverbrechen erfolgt, die „einseitig“ abgefaßt ist. An die Stelle der Kriegsbilder aus den westeuropäischen Kriegsjahren tritt die amerikanische Filmbildung mit ihren Kriegerfilmen. In den amerikanischen Kriegsfilmen wird auf der ganzen Linie die heilige Allianz gegen den Bolschewismus ideologisch vorbereitet. Es ist charakteristisch, daß auch der neue Film „Sinnung“ in Hollywood ein Kriegerfilm ist. Nachdem die wirtschaftliche und politische Befriedigung der kapitalistischen Länder befristet erfolgt ist, wird nunmehr die ideologische „Abrüstung“ durchgeführt. Der Fall Miß Cavell ist hierfür ein Beispiel. Es wird

Krach ums Ebert-Denkmal



Das Reichsbanner will Ebert in Breslau ein Denkmal setzen. Der Vorstand des sozialdemokratischen Ortsvereins, Eckstein und Plegler, hat aus taktischen Gründen jedoch abgelehnt, sich an den Kosten zu beteiligen.

Nanu, denkt der Bahnermann, was ist bloß in Eckstein und Plegler gefahren? Sie erdolchen von hinten mit freilem Stolz die Front der Republikführer-Scharen. Wie wollen unsern Ebert ein Denkmal setzen? Da hängt der Parteivorstand an zu hegen Bon wegen, 'Steine sind überlebt'... Wo sowas doch unsre Gesichte heit -- !

Ihr werst 'nen (Ed-)Stein ins Hand von Glas, Schmeißt Plegl(er) und zwischen die Beene -- ! Die Reichsbannerer ist doch kein Spaß, Der Krempel läuft nicht von alleine...! Wir brauchen Heroen wie Ebertsöhnen, Soll uns der Geist aus den Poren spritzen Führt schwarzrotgoldene Vaterland -- ! Der Geist, den Dntelchen Preuß erland.

Ihr Plegler und Eckstein, macht kein Gegrüh; Von wegen der lumpigen Kröten...! Habt ihr erst das Herze verwundet uns, Läßt sich das nur schwer wieder löten. Ohne uns seid ihr pleite und werdet noch pleiter...! Mit aber, wie bannern alleine weiter, Bis jeder Bahnermann unserer Stadt Seinen eigenen Ebert im Hause hat.

Kasimir Sublimier

Herr Jugendhat bleibt dickköpfig

Zu der Lage bei den „Neuesten Nachrichten“ erfahren wir: „Nachdem das Tarifschiedsgericht tarifswidriges Verhalten festgestellt hatte, forderten die Organisationsvertreter die gesamte Belegschaft in einer Versammlung am gestrigen Dienstag auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Das wurde zunächst abgelehnt, um erst die Geschäftsleitung der „B. N. N.“ zu fragen, unter welchen Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen ist. Die Antwort, die schriftlich um 13.30 Uhr vorlag, lautete: „Um 14.30 Uhr desselben Tages ist die Arbeit zu den alten Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder aufzunehmen; Maßregelungen finden nicht statt.“

Dieses Anstehen wurde abgelehnt und der Geschäftsleitung mitgeteilt: die Belegschaft ist bereit, die Arbeit Mittwoch 6 Uhr aufzunehmen, wenn die Geschäftsleitung in sofortige Verhandlungen über eine allgemeine Erhöhung der Leistungszulagen eintritt. Das lehnte die Geschäftsleitung ab und so ist die bisherige Belegschaft der „B. N. N.“, die sich schon am Montag auf dem Arbeitsnachweis angemeldet hatte, weiter arbeitslos und befindet sich nicht im Streik, wie man es glauben machen will.

Wer den bisherigen Zusammenkünften der fristlos Entlassenen beiwohnen konnte, war immer wieder erstaunt und erregt über die Einigkeit der verschiedenen, stark unterschiedlich entlohnten Arbeitergruppen und ihren unerschütterlichen Kampfwillen. Aufgabe der gesamten organisierten Arbeiterschaft muß es sein, allen falschen Angaben über das Vorgehen der Belegschaft der „B. N. N.“ und über die phantastische Höhe der Buchdruckerlöhne entgegenzutreten. Erfüllen wir alle unsere moralische und wenn nötig auch unsere finanzielle Pflicht (vorläufig ist den fristlos Entlassenen noch nicht bange) gegenüber unseren Arbeitsbrüdern, dann wird Herr Jugendhat merken, wer die „Kerls“ sind!

Man darf nun gespannt sein, ob die andern Breslauer Zeitungsverleger ihre Auspersuchungsdrohung wahr machen werden, oder ob ihnen nicht doch schließlich der eigene Profit höher stehen sollte, als die Liebe zum Anstalts-Anzeiger von der Weidenstraße.

Bubitopf als Selbstmordgrund

Eine in der Kopischstraße wohnende Ehefrau geriet am Montag mit ihrem Ehemann in Streit, weil sie sich einen Bubitopf hatte schneiden lassen. Sie öffnete nach dem Streit den Gashehn, um sich das Leben zu nehmen. Die zufällig eine halbe Stunde später heimkehrende Schwägerin verspürte den Gasgeruch und veranlaßte die gewaltsame Öffnung der Tür zum Wohnzimmer. Dort fand man die Lebensmüde bereits ohnmächtig zusammengebrochen vor, jedoch konnte sie in kurzer Zeit wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Überufung des Provinziallandtages

Der Provinzialauschuß beschloß in einer am 13. d. M. abgehaltenen Sitzung, bei der Staatsregierung die Einberufung des 6. Niederschlesischen Provinziallandtages für den 13. März, 11 Uhr vormittags, in Anregung zu bringen. Der Finanzauschuß des Provinziallandtages soll bereits am 8. März zu einer informativen Sitzung zusammentreten. Der Provinzialauschuß nahm ferner ein ausführliches Referat über die Provinzialbestallungsordnung entgegen, stellte aber Diskussion und Abstimmung bis zur nächsten Sitzung am 20. Februar zurück.

Über 4 1/4 Millionen Filmbesucher jährlich in Breslau

Breslau, 16. Februar.

Wie veröffentlichte vorige Woche die Zahlen des Breslauer Vergnügungslebens. Die auffälligste Ziffer war die des Kinopublikums. Innerhalb des letzten Berichtsjahres wurden nicht weniger als 4 246 122 Besucher in den Breslauer Kinos gezählt. Eine ungeheure Zahl, die ein längeres Verweilen bei ihr rechtfertigt.

Die reichlich 4 1/4 Millionen Menschen verteilten sich auf 81 Kinos (von denen eines nurmehr geschlossen wurde). Vier Lichtbildtheater: Dell, Ufa, U. und Gloria-Palast, sind ausgesprochene Bourgeois-Vergnügungsorte. Die anderen Kinos werden mehr oder weniger von Proleten besucht.

Den stärksten persönlichen Einfluß haben wohl die Gebrüder Hirschberg mit ihrer Kosmos-Gesellschaft. Zwei junge süßliche Leute, die ihre Zeit verstanden haben. Sie stiegen als Besitzer zweier kleiner Kinos in Breslau an, der Beh- und Matthias-Lichtspiele. Die Ufa-Lichtspiele, das Epos, der Kristall-Palast und das Dell kamen hinzu. Dann bauten sie die Ufa-Lichtspiele zum „Gloria-Palast“ um. Es ist bezeichnend für sie, daß sie als erste jeden nationalitätlichen Schmarren bringen, selbst wenn er noch so verlogene wie der „Alte Fritz“ oder die „Königin Luise“ ist. Sie haben sich damit den Dank des nationalitätlichen Mobs verdient, der keinerlei Anstoß daran nimmt, daß die Hirschbergs doch eigentlich Juden sind. Auf die Arbeiterklasse legen diese Herren weniger Wert und brüskieren aus schwerste die Arbeiterpresse.

Als nächstwichtigste Filmgesellschaft tritt die Ufa hervor, deren beide Häuser auf dem Zauentienplatz unbestrittener Sammelplatz der Breslauer „vornehmen Welt“, der Leute vom Geiße Jügendbergs, sind. Weitere Vereinigungen sind noch die „Schauhäuser-Gesellschaft“, der Palast-Theater und Lichtspiele, sowie der Verein des Herrn Maß Lanowski, zu dessen Promenaden-Theater in letzter Zeit das Theater des Nordens auf der Fürstenstraße hinzukam. Die anderen Kinos sind wohl größtenteils Einzelbesitz.

Und nun sehen wir einmal das Programm der Breslauer Lichtspielhäuser an. Im voraus sei gesagt: Es beweist die Wichtigkeit des Sazes: Das Kino von heute ist neben Schule, Kirche und Rundfunk eines der wichtigsten und leider wirkungsvollsten Beeinflussungsmittel der Bourgeoisie. Selten hatte man über das Programm eines Kinos wirklich Freude. Vor-

herrschend waren entweder Massenstücke, offen nationalitätliche Filme, deren Gesamtproduktion rechtlos in Breslau zu Ausführung gelangte, oder sogenannte „Neutrale“ Filme, die entweder ihre kapitalistische Tendenz geistlich löselweise dem Zuschauer reichen über die bloßen Köpfe, vor allem auf dem Gebiet der sogenannten Sensationen, bestanden. Diese Feststellung muß auch leider von den Lichtbildtheatern gemacht werden, die ausschließlich Arbeiterbesucher aufweisen.

Und was für ein Film? Bei unserer Beschreibung werden natürlich die Leute von Breslau-Eid aus. Aber sie stellen ja nicht die vier Millionen allein. Der größte Teil dieser Millionen sind Arbeiter, Arbeiterkinder. Und auch hier muß festgestellt werden: zu viele von ihnen finden, ähnlich wie am Courth-Mahler-Roman des „Centralers“, am liebsten die billigsten Filmwerke. In ihnen Filmen, in denen ein, ach, so schöner, Prinz ein so armes Mädchen nach vielen Hindernissen und Komplikationen zum glücklich geschwundenen Altar in der weltbewohnten Dorfkirche bei Orgelklang führt. Gewiß, es gab Ausnahmen: Das Geschichtsinteresse der Kinobesucher zeigte auch bei revolutionären Filmen. Aber es war doch nur ein gelegentliches „Mitnehmen“, kein bewußtes Suchen nach diesen durchweg wertvollen Produkten. Und doch wäre das so außerordentlich wichtig. Das Arbeiterpublikum muß zu diesen Filmen erzogen werden: es muß ihm die Ulysses-Epöe der Henny Porten angedreht werden. Dieses Ziel wird man nur erreichen, wenn der Arbeiter-Film im Programm fest verankert ist.

Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß schon ein Filmunternehmer versucht, dem Arbeiterfilm Geltung zu verschaffen. Es sind dies die „Gewerkschafts-Kunstspiele“ des Arbeiter-Sportartells. Bis auf einige Mißgriffe, die durch die schlechte berufliche Filmproduktion bedingt waren, wird dort ein Programm geboten, das den Arbeitern empfohlen werden kann.

Zum Schluß eine Mahnung an unsere Leser: Seid wachsam bei den Filmen, die ihr euch anseht. Gute schwerverdienende Groschen sind zu schade, schlechten Programmen geopfert zu werden. Beachtet vor allem revolutionäre Filme, denn sie begeistern euch, da sie euer eigenes und eurer Brüder Leben und Kampf schildern. Sie werden, da sie nicht nur lebenswahr, sondern auch bedeutende Kunstwerke sind, euch pädagogisch und beweisend, wie jämmerlich schlecht doch der Großteil der bürgerlichen Filmproduktion ist.

Proletarier heraus!

Mittwoch, den 15. Februar

Messendemonstration gegen die Blüterblut-Regierung gegen die Kapitalgewaltigen

Am 22. Februar sollen die Metallarbeiter ganz Deutschlands ausgespart werden. Die Arbeiterklasse muß dagegen den schärfsten Widerstand leisten.

Das Klassenbewußte Proletariat sammelt sich am Mittwoch um 1 1/2 Uhr am Waschteich (Michaelsstraße).

Die Abteilungen des KFB rücken abteilungsweise zum Hauptversammlungsplatz am Waschteich an.

Antreten der Abt. I am Lokal „Zur Eisenbahn“, Brüderstr., 18.30 Uhr, Antreten der Abt. II, Brigittenau 7, 19 Uhr, Antreten der Abt. III, Matthiasplatz, 18.30 Uhr, Antreten der Abt. IV, Leuthenstraße 72 (Anglerheim), 18.30 Uhr, Antreten der Abt. V, am Turmhof, Neue Antonienstraße, 18.30 Uhr, Antreten der Abt. VI bei Jante, Friedrichstraße, 18.30 Uhr.

Parteilosen, Parteilosinnen, Sympathisierende, schließt euch den Jüngen an!

Bezirksleitung der KFB, Durchführung des KFB.

Arbeitslose Wochenstatistik. In das Polizeigefängnis eingeliefert wurden in der Woche vom 5. bis 11. d. M. 55 Personen, darunter wegen Raubes eine, Einbruchsdiebstahl drei, einfachem Diebstahl zwölf, Betrug vier, Unterschlagung zwei, Hehleret eine, Hausfriedensbruch eine, Betteln und Betrug je zehn, grobem Unfug eine, ruhestörendem Lärm eine, fiesbrieflich Gefährdung drei, „Schupshast“ zehn.

Wieder ein Verbandstag in Breslau. Das Presseamt teilt mit: Die Vorbereitungen für den in der Zeit vom 3. bis 5. Juni d. J. in Breslau stattfindenden Verbandstag der Leiter städtischer Fuhrpark- und Straßenreinigungsbetriebe Deutschlands sind in vollem Gange. Die Tagung läßt durch die Teilnahme von Vertretern nicht nur aus dem Deutschen Reich, sondern auch aus dem Ausland, u. a. aus Österreich, Ungarn, Italien, der Schweiz, aus Rumänien, Schweden, Norwegen, Litauen, der Tschechoslowakei, aus Polen, Rußland, Lettland, England, Luxemburg, Holland, der Türkei und Frankreich einen großen Zustrom von Fremden nach unserer Stadt erwarten. Mit der Tagung ist die Vorführung verschiedener Maschinen und Geräte verbunden.

Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Holzwagen. Am 13. Februar, 18.45 Uhr, ereignete sich eine Schweizer- und Frankfurter Straße ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und dem Holzwagen der Kistfabrik Pulvermacher. Die Scheiben des Motorwagens wurden zertrümmert und von dem Wagen die Helle vollständig zerstört. Die Ursache des Unfalls ist die schlechte Beleuchtung. Auf der ganzen Schweizerstraße sind nur vier Lampen angebraucht.

Ein Lehrgang im Rubern für Anfänger (Männer und Frauen) beginnt am 23. und 29. Februar im Wilhelm-Gymnasium, Sonnenstraße. Anmeldungen können schon jetzt an jedem Montag, Dienstag oder Mittwoch in der Zeit von 8 bis 9 Uhr im Wilhelm-Gymnasium erfolgen. Ausweis über freigewerkschaftliche oder parteipolitische Organisationszugehörigkeit ist mitzubringen. Desgleichen beginnt für die Jugend (16-18 Jahre) der arbeitenden Bevölkerung ein Lehrgang am Montag, dem 27. Februar. Weitere Auskunft durch Scholz, Weißhornstraße 43, 1. Stod.

Zwei Einbrüche in einer Nacht verübte der Einbrecher A. G. Er hatte in der Nacht zum Montag zuerst einem Geschäft Gehwegstraße 47 einen Besuch abgestattet, wobei er Wäsche und Zigaretten im Werte von 25 Mark entwendete. Bei einem unmittelbar darauf verübten Einbruch im Grundstüd Pfaffenstraße 16 haß er für etwa 400 Mark Sachwten, von denen später die Hälfte auf einem Neubau vorgegraben wurde. Der Täter wurde erklappt und verhaftet.

Ein überflüssiger Lichtbildvortrag. Am Freitag veranstaltete die vierte Abteilung des KFB in den Hubertuskälen einen Lichtbildvortrag: 10 Jahre Sowjetrußland. Das Lokal war, wie bei allen unseren letzten Veranstaltungen, überfüllt. Im ersten Teil

des Films werden die Leiden und Kämpfe der Bauern unter dem Parismus gezeigt. Sehr wirkungsvoll waren die Bilder der Revolution von 1905. Im zweiten Teil wurde der Aufbau in der U.S.S.R. gezeigt, die täglich, ja stündlich wachsende Industrialisierung des Landes, ferner der große und in Europa viel zuwenig beachtete Kampf gegen das Analphabetentum, das Erwachen der mohammedanischen Völker, besonders der Frauen. Sehr gut waren auch die Aufnahmen der Kinderfilme. Der dritte Teil war der Roten Armee gewidmet. Der letzte Teil des Vortrages brachte einen kurzen Propagandafilm des KFB. Die Wirkung der sehr guten Bilder wurde leider durch einen nicht ganz genügenden Apparat beeinträchtigt. — Nach einigen kurzen und anfeuernden Worten der Genossen Kruber und Melmann wurde die sehr gut verkaufene Versammlung geschlossen.

Schuppenbrand in Thauer. Am 13. Februar kurz vor 23 Uhr wurde die Landbrücke der Breslauer Feuerwehr nach Thauer alarmiert. Hier brannte ethe den Mehersten Erden gehörige, circa 350 Quadratmeter große Feibschene mit Inhalt (landwirtschaftlichen Maschinen, Stroh und Spreu). Die Landbrücke brauchte jedoch nicht mehr in Tätigkeit zu treten, da die Alarmierung so spät erfolgt war, daß beim Eintreffen der Breslauer Feuerwehr die Schuppen bereits ganz heruntergebrannt war.

Achtung, Parteilarbeiter!

Donnerstag 20 Uhr Parteiarbeiterkonferenz für Breslau in den Hubertuskälen, Friedrich-Wilhelm-Straße 52. Alle Funktionäre der Partei und Nebenorganisationen, soweit sie Genossen sind, kommunistische Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre sowie die Betriebszellenleiter müssen unbedingt an dieser äußerst wichtigen Konferenz teilnehmen. Thema: Generalauswertung der deutschen Metallarbeiter. Was ist zu tun?

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen Breslau. — Stadttell 4 (Süd-Zentrum). Anschließend an die Demonstration heute sämtliche Funktionäre im Turmhof, Neue Antonienstr. 4. Mittwochs. Mittwoch 19 Uhr Mitgliederversammlung im „Eis. Kreuz“.

Kommunistischer Jugendverband Breslau. Literatur sofort abrechnen. — Südwest. Mittwoch 19.30 Uhr bei Reimann, Neue Antonienstraße 2: Deffentlicher Gruppenabend: Schwarz-weiß-rot-goldenes Ackerfeld! — Musikgruppe nimmt teil.

— Nord. Donnerstag 20 Uhr in der Pestalozzischule, Michaelsstr., öffentlicher Heimabend. — Weißteil. Freitag 20 Uhr Heimabend im Jugendhaus Neu-Salzbrunn. Vortrag, Thema: „Kommunistisches Manifest“, 2. Teil.

Jung-Spartakus-Bund Breslau. — Gruppe Nord. Donnerstag 17 Uhr „Stadt-Rauslau“.

Roter Frontkämpfer-Bund Streifen. Donnerstag 19 Uhr Mitgliederversammlung bei Wende, Stadt Breslau.

Männerberg. Freitag 20 Uhr Kameradschaftsabend. — Altmasser. KFB. Donnerstag 19.30 Uhr Kameradschaftsabend bei der Genossin Jahn, Charlottenbrunnener Straße 55.

Sonstige Organisationen Breslau. — Nord. Rote Hilfe. Mittwoch 20 Uhr Generalmittelerversammlung in der „Stadt Waterloo“, Delfnerstr. 8. Tagesordnung: 1. Rußlandbericht, 2. Neuwahl des Vorstandes.

Freiburg. Gewerkschaftsartell. Donnerstag 19.30 Uhr „Grüner Baum“, Kartellführung. Vortrag. Thema: Dank der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Waldenburg. Gesangverein Vorwärts. Mittwoch 20 Uhr Neujahrshunde im „Kurfürsten“, Neustadt.

Veranstaltungen: Für den politischen Zell KFB Dombau, für „Berlin und Westfalen“ und „Waldenburg“ Wilhelm Plewalski, für „Breslau“, „Weißteil“ und die übrigen Zellen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den kommunistischen Zell Kreis Sennsdorf, Wald, Kreis Weichsel, für „Jahresbericht“ Breslau.

